

Fertigung:

Anlage:

Blatt:

UMWELTBERICHT

mit Vorprüfung des Einzelfalls und Eingriffs-/Ausgleichsbilanzierung

zum Bebauungsplan "Talblick III"
der Gemeinde Schuttertal, OT Schuttertal



(Quelle: Büro Fischer, März 2023)

PLANUNGSBÜRO FISCHER GÜNTERSTALSTR. 32 79100 FREIBURG
STADTPLANUNG - ARCHITEKTUR - LANDSCHAFTSPLANUNG

Stand: 22.10.2024

INHALTSVERZEICHNIS

1	Anlass und Ausgangssituation	1
1.1	Erfordernis der Planaufstellung	1
1.2	Verfahrensstand	1
1.3	Lage im Raum / Geltungsbereich	2
2	Vorprüfung des Einzelfalls	3
3	Rechtsgrundlagen und Ziele des Umweltschutzes	8
3.1	Rechtsgrundlagen	8
3.2	Umweltziele	9
3.3	Methodik - Anwendung Eingriffsregelung	10
4	Planerische Vorgaben	11
4.1	Übergeordnete Planungen	11
4.2	Schutzgebiete	12
4.3	Europäisches Netz "Natura 2000"	14
4.4	FFH-Mähwiese bzw. gesetzlich geschütztes Biotop	14
4.5	Streuobstbestand	17
4.6	Biotopverbund	22
5	Artenschutzrechtliche Prüfung	23
5.1	Rechtliche Vorgaben	23
5.2	Artenschutzrechtliche Prüfung	23
6	Derzeitiger Umweltzustand und Auswirkungen der Planung	27
6.1	Derzeitiger Umweltzustand	27
6.2	Umweltauswirkungen der Planung	29
7	Maßnahmen innerhalb des Planungsgebiets	35
7.1	Maßnahmen für den Artenschutz	35
7.2	Maßnahmen für den Klimaschutz	35
7.3	Maßnahmen für die Eingriffsregelung	36
8	Naturschutzrechtliche Eingriffs- / Ausgleichsbilanz lt. ÖKVO	37
8.1	Schutzgut Boden	37
8.2	Schutzgut Pflanzen/Tiere/biologische Vielfalt	41

9	Ermittlung des Kompensationsbedarfs	43
9.1	Artenschutzrechtlicher Ausgleich	43
9.2	Naturschutzrechtlicher Ausgleich	43
9.2.1	Bilanzierung einer Maßnahme im Gemeindewald (lt. ÖKVO)	43
10	Planungsalternativen	46
10.1	Nullvariante	46
10.2	Alternativen	46
11	Zusätzliche Angaben	47
11.1	Monitoring	47
11.2	Zusammenfassung	47
11.3	Quellenverzeichnis	54

Gutachten als Anlage

- Artenschutzrechtlicher Abschätzung
erstellt von Bioplan Bühl, vom 12.07.2024
- Naturverträgliches Regenwasserbewirtschaftungskonzept
erstellt von Siggelkow GmbH, Offenburg, vom 01.07.2024

1 Anlass und Ausgangssituation

1.1 Erfordernis der Planaufstellung

Anlass für die zu erstellende Umweltprüfung ist der Bebauungsplan "Talblick III" der Gemeinde Schuttertal gemäß § 2 Abs. 4 BauGB.

Die Aufstellung des Bebauungsplans "Talblick III" ist ein bauplanungsrechtliches Vorhaben nach Anlage 1 Nr. 18.7 zum UVPG, das nicht UVP-pflichtig ist bzw. für das in Bezug auf die Grundfläche keine allgemeine Vorprüfung des Einzelfalles durchzuführen ist, da die Schwellenwerte nicht überschritten werden (§§ 3a und 3b UVPG).

Ziel der Planung ist die Schaffung und Bereitstellung von Wohnbauland. Dies ist erforderlich, da derzeit in Schuttertal keine freien Baugrundstücke, die nicht in Privatbesitz sind, zur Verfügung stehen. Mit der Aufstellung des vorliegenden Bebauungsplans sollen daher die planungsrechtlichen Voraussetzung zur Erschließung und Bebauung des Gebiets "Talblick III" geschaffen werden. (s. Begründung zum Bebauungsplan)

1.2 Verfahrensstand

Der Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan "Talblick III" wurde am 13.12.2022 als Bebauungsplan nach § 13b, der eine Einbeziehung von Außenbereichsflächen ermöglicht, gefasst.

Auf Grund der Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts Az.: 4 CN 3.22 vom 18.07.2023, in dem die Unvereinbarkeit des § 13b BauGB mit dem Recht der Europäischen Union festgestellt wurde, muss für einen geordneten Abschluss des Bebauungsplanverfahrens nach § 13b BauGB der § 215a BauGB (Heilverfahren) angewandt werden.

Dies bedeutet, dass in einem 1. Verfahrensschritt eine der SUP-Richtlinie genügende Einzelfallprüfung (Vorprüfung) anhand der Kriterien der Anlage 2 des BauGB unter Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange durchzuführen ist.

Bei dem Planungsgebiet "Talblick III" werden Grünlandflächen in Hanglage in reizvoller Landschaft beansprucht. Somit kann davon ausgegangen werden, dass mit voraussichtlich erheblichen Umweltauswirkungen zu rechnen ist. Dies bedeutet, dass aufbauend auf eine Vorprüfung in einem 2. Verfahrensschritt eine Umweltprüfung, d.h. also ein Umweltbericht, mit Eingriffs-/Ausgleichsbilanzierung nach der Ökokontoverordnung (ÖKVO) mit Beteiligung von Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange im Rahmen der Veröffentlichung des Bebauungsplans nach § 3 Abs. 2 BauGB durchzuführen ist. Anschließend erfolgen eine Abwägung und der Satzungsbeschluss.

Aufgrund der zwei Verfahrensschritte ist dies sehr zeitaufwendig. In Abstimmung mit der Baurechtsbehörde des Landratsamtes Ortenaukreis ist für den Bebauungsplan "Talblick III" möglich, eine Vorprüfung in den zu erstellenden

Umweltbericht mit Eingriffs-/Ausgleichsbilanzierung, das heißt in eine Umweltprüfung, zu integrieren.

1.3 Lage im Raum / Geltungsbereich

Planausschnitt: Luftbild



(Quelle: LUBW Abfrage Juli 2024; gelb: Geltungsbereich; Büro Fischer)

Das Planungsgebiet umfasst ca. 1,23 ha und befindet sich am westlichen Ortsrand des Ortsteils Schuttertal der Gemeinde Schuttertal oberhalb der Schule mit Turn- und Festhalle. Im Osten schließt die Bebauung "Talblick II" an das Planungsgebiet an. Landwirtschaftlich genutzte Flächen grenzen im Norden, Westen und Süden an. Im Süden tangiert ein Wirtschaftsweg, der eine Fortführung der Pfarrgutstraße darstellt.

Der Geltungsbereich des Bebauungsplans "Talblick III" überlagert im Osten einen kleinen Teilbereich (Fangegraben für Hangwasser, Flst. Nr. 595) des Bebauungsplans "Talblick II".

Gesamtfläche "Talblick III"

ca. 1,23 ha

davon


- B-Plan "Talblick II" ca. 0,10 ha
- Neuausweisung ca. 1,13 ha

Die Flächen des Planungsgebiets, die neu ausgewiesen werden, werden landwirtschaftlich als Grünlandflächen mit einzelnen Obstbäumen in Hanglage genutzt.

Die Erschließung des geplanten Baugebiets erfolgt von Osten über die Pfarrgutstraße.

Gemäß § 215a BauGB (Heilungsverfahren) ist eine der SUP-Richtlinie genügende Einzelfallprüfung (Vorprüfung) durchzuführen. Darin ist anhand nachfolgender Kriterien der Anlage 2 BauGB und unter Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zu prüfen, ob das Vorhaben (Bebauungsplan) voraussichtlich erhebliche Umweltauswirkungen hat, die nach § 2 Abs. 4 Satz 4 BauGB in der Abwägung zu berücksichtigen wären oder die als Beeinträchtigung des Landschaftsbilds oder der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts entsprechend § 1a Abs. 3 BauGB auszugleichen wären.

[illegible]



Nr.	Prüfungskriterien gemäß Anlage 2 BauGB	Erläuterung	Voraus- sichtlich erhebliche Umweltaus- wirkungen	
			Ja	Nein
2.	Merkmale der möglichen Auswirkungen und der voraussichtlich betroffenen Gebiete, insbesondere in Bezug auf			
2.1	die Wahrscheinlichkeit, Dauer, Häufigkeit und Umkehrbarkeit der Auswirkungen;	<ul style="list-style-type: none">Der Bebauungsplan sichert zeitlich unbefristet ein Wohngebiet. Die Veränderungen, Verlust landwirtschaftlicher Nutzflächen, sind somit unumkehrbar.	X	
2.2	den kumulativen und grenzüberschreitenden Charakter der Auswirkungen;	<ul style="list-style-type: none">Ein kumulativer und grenzüberschreitender Charakter der Auswirkungen kann ausgeschlossen werden.		X
2.3	die Risiken für die Umwelt, einschließlich der menschlichen Gesundheit (zum Beispiel bei Unfällen);	<ul style="list-style-type: none">Aufgrund der Festsetzungen des Bebauungsplans für eine Wohnbebauung sind keine Risiken für die Umwelt, einschließlich der menschlichen Gesundheit, erkennbar.Störfallbetriebe in räumlicher Nähe sind nicht bekannt.		X X
2.4	den Umfang und die räumliche Ausdehnung der Auswirkungen;	<ul style="list-style-type: none">Durch die geplante Bebauung "Talblick III" in landschaftlich reizvoller Lage ergeben sich Veränderungen des Orts-/Landschaftsbilds am Ortsrand.	X	
2.5	die Bedeutung und die Sensibilität des voraussichtlich betroffenen Gebiets auf Grund der besonderen natürlichen Merkmale, des kulturellen Erbes, der Intensität der Bodennutzung des Gebiets jeweils unter Berücksichtigung der Überschreitung von Umweltqualitätsnormen und Grenzwerten;	<ul style="list-style-type: none">Bei dem Planungsgebiet handelt es sich um bisher landwirtschaftlich genutzte Grünlandflächen mit mittlerer Bodenqualität in landschaftlich reizvoller Lage.Eine Überschreitung von Umweltqualitätsnormen und Grenzwerten ist bei Umsetzung der Planung nicht zu erwarten.	X	X

Nr.	Prüfungskriterien gemäß Anlage 2 BauGB	Erläuterung	Voraus- sichtlich erhebliche Umweltaus- wirkungen	
			Ja	Nein
2.6	folgende Gebiete:			
2.6.1	Natura 2000-Gebiete nach § 7 Absatz 1 Nummer 8 des Bundesnaturschutzgesetzes,	<ul style="list-style-type: none">• FFH-Gebiete und Vogelschutzgebiete sind nicht betroffen• nachfolgende FFH-Mähwiese wird randlich betroffen FFH-Mähwiese Magerwiese westlich vom Schuttertal I / Nr.: 6500031746156198 (ca. 240 m² liegen innerhalb des Planungsgebiets)• nachfolgende FFH-Mähwiese liegt in räumlicher Nähe zum zukünftigen Baugebiet FFH-Mähwiese Magerwiese bei Regelsbach I/ Nr.: 6500031746156322, ca. 280 nordwestlich	ggf. X	X

Nr.	Prüfungskriterien gemäß Anlage 2 BauGB	Erläuterung	Voraus- sichtlich erhebliche Umweltaus- wirkungen	
			Ja	Nein
2.6.6	Wasserschutzge- biete gemäß § 51 des Wasserhaus- haltsgesetzes, Heil- quellenschutzgebiete gemäß § 53 Absatz 4 des Wasserhaus- haltsgesetzes sowie Überschwemmungs- gebiete gemäß § 76 des Wasserhaus- haltsgesetzes,	<ul style="list-style-type: none"> • nicht betroffen 		X
2.6.7	Gebiete, in denen die in Rechtsakten der Europäischen Union festgelegten Umwelt- qualitätsnormen be- reits überschritten sind,	<ul style="list-style-type: none"> • nicht betroffen 		X
2.6.8	Gebiete mit hoher Bevölkerungsdichte, insbesondere Zent- rale Orte im Sinne des § 2 Absatz 2 Nummer 2 des Raumordnungsge- setzes,	<ul style="list-style-type: none"> • nicht betroffen 		X
2.6.9	in amtlichen Listen o- der Karten verzeich- nete Denkmäler, Denkmalensembles, Bodendenkmäler o- der Gebiete, die von der durch die Länder bestimmten Denk- malschutzbehörde als archäologisch be- deutende Landschaf- ten eingestuft wor- den sind.	<ul style="list-style-type: none"> • nicht betroffen 		X

Fazit:

Der Bebauungsplan "Talblick III" der Gemeinde Schuttertal befindet sich in einer sensiblen Lage und beansprucht Landwirtschaftsflächen, die als Grünland mit einzelnen Obstbäumen bewirtschaftet werden und zu einem geringen Teil als FFH-Mähwiese kartiert sind. Für den Artenschutz sind insbesondere die Obstbäume von Bedeutung, die einen Ausläufer des westlich liegenden Streuobstbestandes darstellen.

Die überschlägige Prüfung (Vorprüfung des Einzelfalls) kommt zu der Einschätzung, dass durch den Bebauungsplan Auswirkungen auf Pflanzen/Tiere/biologische Vielfalt und das Klima zu erwarten sind, die nach § 2 Abs. 4 Satz 4 BauGB in der weiteren Abwägung zu berücksichtigen sind.

Eine umfassende Beteiligung von Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange erfolgt im Rahmen der Veröffentlichung des Bebauungsplans nach § 3 Abs. 2 BauGB mit Umweltbericht und naturschutzrechtlicher Eingriffs-/Ausgleichsbilanzierung.

3 Rechtsgrundlagen und Ziele des Umweltschutzes

3.1 Rechtsgrundlagen

Baugesetzbuch

Bei der Aufstellung von Bauleitplänen ist gemäß § 2 Abs. 4 BauGB für die Belange des Umweltschutzes nach § 1 Abs. 6 Nr. 7 und § 1a BauGB eine **Umweltprüfung** durchzuführen. In der Umweltprüfung sind die voraussichtlich erheblichen Umweltauswirkungen, die durch die Aufstellung des Bebauungsplans vorbereitet werden, zu ermitteln.

In einem Umweltbericht, der gemäß Anlage 1 BauGB zu erstellen ist, werden die umweltrelevanten Belange dargestellt. Der Umweltbericht ist gemäß § 2a BauGB Teil der Begründung zum Bauleitplan und unterliegt damit den gleichen Verfahrensschritten wie die Begründung.

In der abschließenden bauleitplanerischen Abwägung sind als Ergebnisse der Umweltprüfung der Umweltbericht und die eingegangenen Anregungen und Bedenken zu berücksichtigen. In einer Zusammenfassenden Erklärung (Umwelterklärung) ist nach Abschluss des Bauleitverfahrens darzulegen, inwieweit die Anregungen der Behörden berücksichtigt wurden.

Nach Realisierung der Planung sind gemäß § 4a BauGB die Gemeinden verpflichtet, die erheblichen Umweltauswirkungen zu überwachen, um insbesondere unvorhergesehenen nachteiligen Auswirkungen frühzeitig entgegenwirken zu können.

Der Umweltbericht trifft gemäß § 34 BNatSchG Aussagen, ob eine Beeinträchtigung von Natura 2000-Gebieten erfolgt. Des Weiteren werden auch Aussagen zur Betroffenheit des allgemeinen und besonderen Artenschutzes gemäß § 39 und § 44 BNatSchG getroffen.

Mit der Novellierung des Baugesetzbuchs 2011 gemäß § 1a Abs. 5 BauGB soll den Erfordernissen des Klimaschutzes sowohl durch Maßnahmen, die

dem Klimawandel entgegenwirken, als auch solche, die der Anpassung an den Klimawandel dienen, Rechnung getragen werden. Entsprechende Maßnahmen wie Begrünung, Reduzierung des Versiegelungsgrades werden im Umweltbericht innerhalb der Schutzgüter Klima, Boden und Wasser behandelt. Technische Maßnahmen für den Klimaschutz werden im Bebauungsplan berücksichtigt.

Gemäß § 1a Abs. 3 i.V.m. § 18 BNatSchG ist bei der Aufstellung von Bebauungsplänen die Vermeidung und der Ausgleich voraussichtlich erheblicher Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes und der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts (**Eingriffsregelung nach dem Bundesnaturschutzgesetz**) in der Abwägung zu berücksichtigen. Der Ausgleich erfolgt durch geeignete Darstellungen und Festsetzungen nach § 9 BauGB als Flächen oder Maßnahmen im Bebauungsplan oder auch an anderer Stelle. Nach § 1a Abs. 3 Satz 6 BauGB ist ein Ausgleich nicht erforderlich, soweit die Eingriffe bereits vor der planerischen Entscheidung erfolgt sind oder zulässig waren.

3.2 Umweltziele

Mensch	<ul style="list-style-type: none"> - Schutz des Menschen vor schädlichen Umwelteinwirkungen (§§ 1 u. 3 BImSchG, § 1 (6) BauGB) - Vermeidung von Emissionen sowie sachgerechter Umgang mit Abfällen und Abwässern (§ 1 (6) BauGB) - Berücksichtigung der sozialen und kulturellen Bedürfnisse der Bevölkerung sowie Belange der Erholung (§ 1 (6) BauGB) - Nutzung erneuerbarer Energien sowie die sparsame und effiziente Nutzung von Energie (§ 1 (6) BauGB) - Bemessungsgrundlage: Orientierungswerte der DIN 18005 (Schallschutz im Städtebau)
Fläche	<ul style="list-style-type: none"> - Sparsamer Umgang mit Grund und Boden (§§ 1 u. 4 BBodSchG, § 1a (2) BauGB) - Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung 2017, Reduzierung der Flächenneuinanspruchnahme auf max. 30 ha/Tag bis 2030
Boden	<ul style="list-style-type: none"> - Sparsamer und schonender Umgang mit Grund und Boden (§§ 1 u. 4 BBodSchG, § 1a (2) BauGB) - Erhalt von natürlichen Bodenfunktionen sowie von Funktion als Archiv der Natur- und Kulturgeschichte (§§ 1 u. 2 BBodSchG)
Wasser	<ul style="list-style-type: none"> - Sichern der Gewässer als Bestandteil des Naturhaushalts und als Lebensraum für Tiere und Pflanzen (§ 1 WHG) - Erhalt der Funktions- und Leistungsfähigkeit sowie Schutz vor nachteiligen Veränderungen (§ 6 (1) WHG) - Erhalt der Grundwasserneubildung (§ 12 WG) - Erhalt der natürlichen oder naturnahe Gewässer einschließlich ihrer Ufer, Auen und sonstigen Rückhalteflächen (§ 1 (3) BNatSchG) - Verpflichtung zur Abwasserbeseitigung und zur Versickerung von Niederschlagswasser (§ 55 WHG) - Erhalt des natürlichen Zustands von Gewässern beim Gewässerausbau (§ 67 WHG)

Klima/Luft	<ul style="list-style-type: none"> - Schutz von Flächen mit bioklimatischen und / oder lufthygienischen Funktionen (§§ 1 (6) u. 1a (5) BauGB, § 1 (3) BNatSchG) - Maßnahmen, die dem Klimawandel entgegenwirken, als auch solche, die der Anpassung an den Klimawandel dienen (§ 1a (5) BauGB) - Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung gemäß Klimaschutzgesetz, Reduzierung der Treibhausgasemissionen um mind. 65 % bis 2030 gegenüber 1990
Pflanzen/Tiere/biologische Vielfalt	<ul style="list-style-type: none"> - Vermeidung/Ausgleich/Ersatz von erheblichen Beeinträchtigungen / Eingriffen von Natur und Landschaft (§§ 13 - 15 BNatSchG, §§ 14 u. 15 NatSchG) - Schutz von biologischer Vielfalt sowie Tier- und Pflanzenpopulationen (§ 1 (6) BauGB, § 1 BNatSchG) - Schutz der Natura 2000-Gebiete (§ 1 (6) BauGB, § 2 BNatSchG) - Berücksichtigung der artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände nach § 44 BNatSchG - Ziele und Vorgaben der Schutzgebiete: NSG, Nationalpark, Biosphärenreservat, LSG, Naturpark, Naturdenkmal, geschützter Landschaftsbestandteil, gesetzlich geschützte Biotope (§§ 23 - 30 BNatSchG)
Landschafts-/Ortsbild	<ul style="list-style-type: none"> - Berücksichtigung des Landschaftsbildes (§§ 1 (6) u. 1a (3) BauGB) - Erhalt von Naturlandschaften und historisch gewachsenen Kulturlandschaften zur dauerhaften Sicherung der Vielfalt, Eigenart und Schönheit sowie des Erholungswerts (§ 1 (4) BNatSchG)
Kultur- und Sachgüter	<ul style="list-style-type: none"> - Nachhaltige städtebauliche Entwicklung (§ 1 (5) BauGB) - Berücksichtigung der Belange von Baukultur, Denkmalschutz, Denkmalpflege (§ 1 (6) BauGB) - Schutz/Erhalt der Kulturdenkmale (§§ 1, 2, 6 u. 8 DSchG)

3.3 Methodik - Anwendung Eingriffsregelung

Im Rahmen der Eingriffsregelung werden die Schutzgüter getrennt bewertet. Das Schutzgut **Boden** wird gemäß dem Leitfadens "Bewertung von Boden nach ihrer Leistungsfähigkeit", Heft Bodenschutz 23, Stand 2010, und der Arbeitshilfe "Das Schutzgut Boden in der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung", Heft Bodenschutz 24, Stand 2012, unter Berücksichtigung der Angaben der Bodenkarte von Baden-Württemberg, M. 1 : 50.000 des GeoLa (Integrierte Geowissenschaftliche Landesaufnahme) bearbeitet.

Der Bewertung der vier Bodenfunktionen "Natürliche Bodenfruchtbarkeit", "Ausgleichskörper im Wasserkreislauf", "Filter und Puffer für Schadstoffe" und "Standort für naturnahe Vegetation" erfolgt entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit gemäß der Ökokontoverordnung (ÖKVO), Stand 2010 für den IST-Zustand (Bestandswert) und den Planungszustand (ÖKVO).

Für das **Schutzgut Pflanzen/Tiere/biologische Vielfalt** wird bei der Bewertung das Biotoptypenmodell der Ökokontoverordnung verwendet. Nach dem Bewertungsmodell wird jedem vorhandenen Biotoptyp eine Wertigkeit in Form eines Punktwerts zugeordnet. Je höher der Punktwert ist, desto wertvoller ist der Biotoptyp. Durch Multiplikation des Biotopwerts mit der Fläche, die der Biotoptyp einnimmt, und Addition der einzelnen Flächenwerte ergibt sich ein Gesamtwert für das Planungsgebiet.

Anschließend werden aufbauend auf den Zeichnerischen Teil des Bebauungsplans die zu erwartenden Biotoptypen nach der ÖKVO bilanziert.

Es erfolgt eine Gegenüberstellung des Bestandwerts mit dem Planungswert bei den Schutzgütern Boden und Pflanzen/Tiere/biologische Vielfalt. In der Regel ergibt sich ein Ausgleichsdefizit, das durch Maßnahmen außerhalb des Bebauungsplans auszugleichen ist.

Für die Schutzgüter Boden und Pflanzen/Tiere/biologische Vielfalt werden entsprechende Bestandskarten erstellt.

Die Eingriffe in die Schutzgüter **Mensch, Fläche, Wasser, Klima/Luft, Landschafts-/Ortsbild** sowie **Kultur- und Sachgüter** werden verbal-argumentativ unter Berücksichtigung der "Empfehlung für die Bewertung von Eingriffen in Natur und Landschaft in der Bauleitplanung" (August 2016) sowie die "Ermittlung von Art und Umfang von Kompensationsmaßnahmen sowie deren Umgebung" (Oktober 2015), Prof. Chr. Küpfer, bewertet.

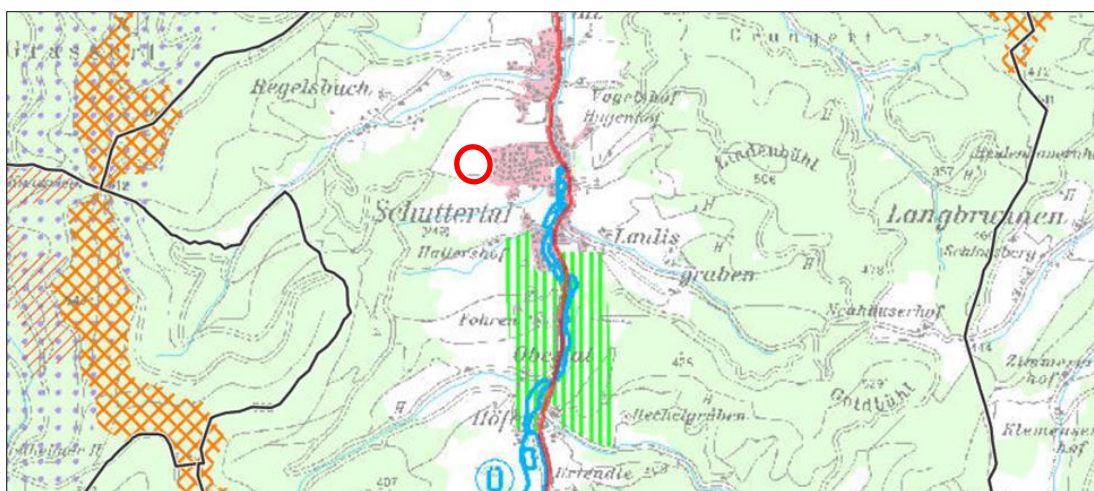
4 Planerische Vorgaben

4.1 Übergeordnete Planungen

Regionalplan Südlicher Oberrhein

Nach Aussage des Regionalplans Südlicher Oberrhein (2019) handelt es sich bei dem Planungsgebiet "Talblick III" um eine Fläche für die Landwirtschaft.

Planausschnitt: Regionalverband Südlicher Oberrhein



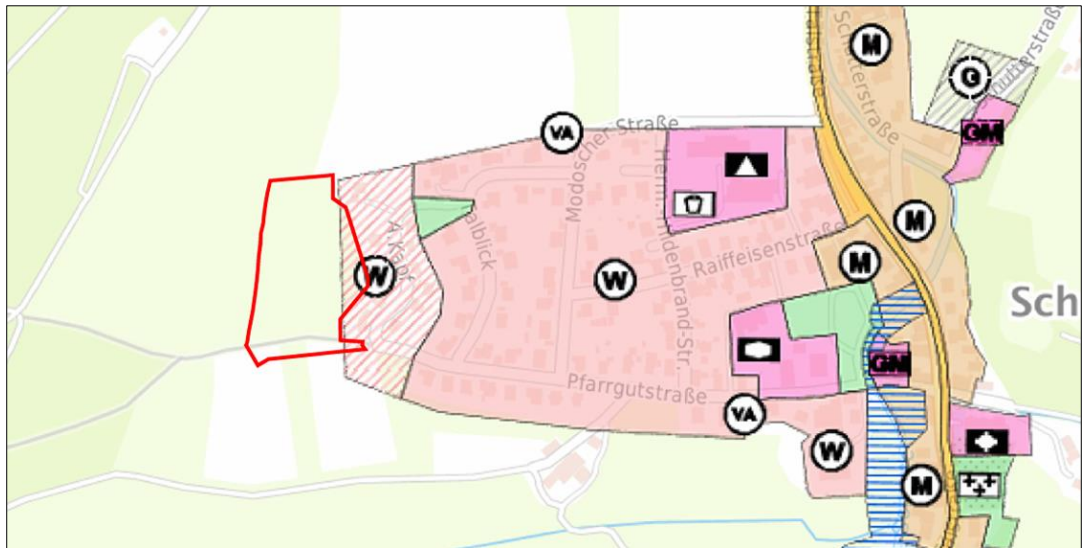
(Quelle: RVSO, 2019)

Flächennutzungsplan

Der Geltungsbereich des Bebauungsplans "Talblick III" ist in der rechtswirksamen Fortschreibung des Flächennutzungsplans der Verwaltungsgemeinschaft Seelbach-Schuttertal größtenteils als Flächen für die Landwirtschaft ausgewiesen.

Nach Abschluss des Bebauungsplanverfahrens ist der FNP zu berichtigen.

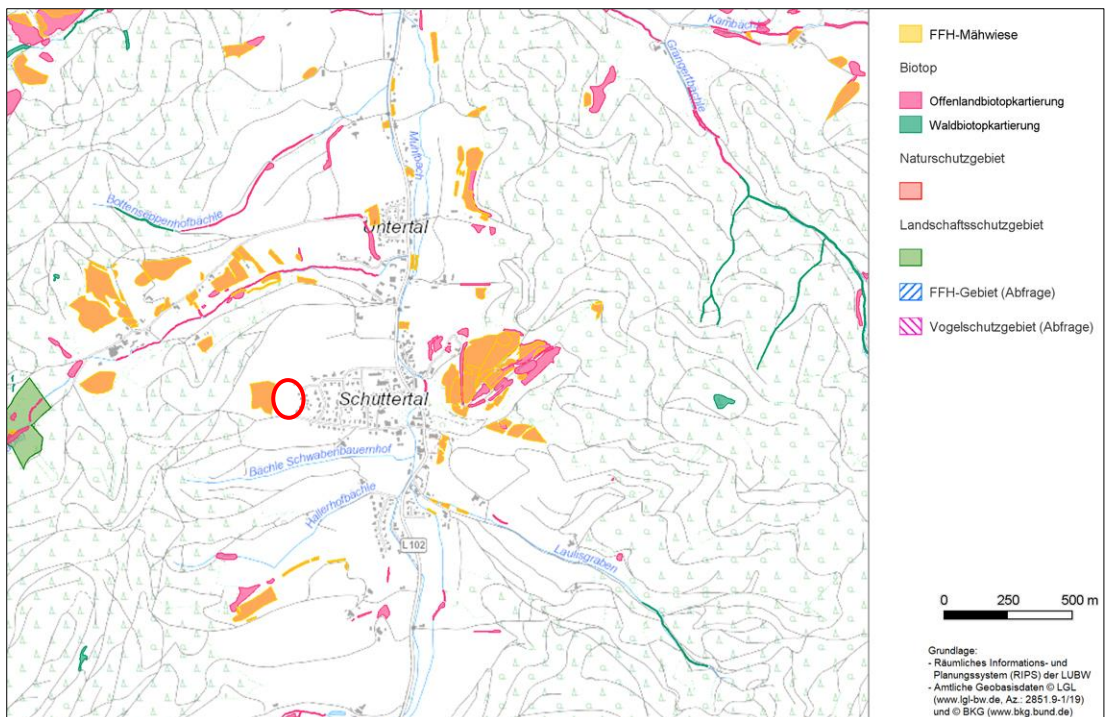
Planausschnitt: Flächennutzungsplan VG Seelbach – Schuttertal



(Quelle: Geoportal FNP VG Seelbach – Schuttertal Abfrage Juli 2024; rot: Geltungsbereich ;Büro Fischer)

4.2 Schutzgebiete

Planausschnitt:



(Quelle: LUBW, Abfrage Juli 2024)

Tabelle:

Legende: ● = direkt betroffen ○ = angrenzend / = nicht betroffen

FFH-Gebiet gemäß § 32 des BNatSchG und § 36 des NatSchG Name: / Nr.:	/
FFH-Mähwiese, gemäß Anhang I der FFH-Richtlinie Name: Magerwiese westlich vom Schuttertal I / Nr.: 6500031746156198 , randlich betroffen	●
Name: Magerwiese bei Regelsbach I / Nr.: 6500031746156322 , ca. 280 nordwestlich	/
EG-Vogelschutzgebiet gemäß § 32 des BNatSchG und § 36 des NatSchG Name: / Nr.:	/
Naturschutzgebiete gemäß § 23 des BNatSchG bzw. § 28 des NatSchG Name / Nr.:	/
Landschaftsschutzgebiete gemäß § 26 des BNatSchG Name: Regelsbachtal / NR.: 3.17.006 , ca. 870 m westlich	/
Naturparke gemäß § 27 des BNatSchG bzw. § 29 des NatSchG Name: Schwarzwald Mitte/Nord / Nr.: 7 , direkt betroffen	●
Naturdenkmale gemäß § 28 des BNatSchG und § 30 des NatSchG Name / Nr.:	/
Gesetzlich geschützte Biotope gemäß § 30 des BNatSchG und § 33 des NatSchG Name: Magerwiese westlich vom Schuttertal I / Nr.: 6500031746156198 , randlich betroffen	●
Gesetzlich geschützte Biotope gemäß § 30 a des LWaldG Name /Nr.:	/
Bodenschutzwald gemäß § 30 des LWaldG, Biotopschutzwald gemäß § 30a des LWaldG, Schutzwald gegen schädliche Umwelteinwirkungen gemäß § 31 des LWaldG und Erholungs- wald gemäß § 33 des LWaldG	/
Waldschutzgebiete gemäß § 32 des LWaldG (Bannwald oder Schonwald) Name / Nr.:	/
Biotopverbund / trockene, mittlere, feuchte Standorte gemäß § 21 BNatSchG	
Biotopverbund / Wildtierkorridor gemäß § 21 BNatSchG	
Wasserschutz- und Heilquellenschutzgebiete gemäß § 51-53 des WHG und § 45 des WG Name / Nr.:	/
Überschwemmungsgebiete gemäß § 76 und 78 des WHG und § 65 des WG	/
Risikogebiet gemäß § 78b des WHG	/
Gewässerrandstreifen gemäß § 38 des WHG und § 29 des WG Name: / Nr.	/
Freihaltung von Gewässern und Uferzonen gemäß § 61 des BNatSchG (1. Ordnung) und § 47 des NatSchG (1. und 2. Ordnung)	/
Regionaler Grünzug, lt. RVSO	/
Grünzäsur , lt. RVSO, ca. 320 m südlich	/
Vorranggebiet für Naturschutz und Landschaftspflege, lt. RVSO	/
Vorranggebiet für den vorbeugenden Hochwasserschutz, lt. RVSO	/
Landwirtschaftliche Vorrangflur Stufe I, lt. Digitaler Flurbilanz Baden-Württemberg / RVSO	/
Denkmale gemäß §§ 2 und 12 des DSchG (Denkmalschutzgesetzes), Gesamtanlagen nach § 19 des DSchG sowie Grabungsschutzgebiete gemäß § 22 des DSchG	/

4.3 Europäisches Netz "Natura 2000"

Gemäß FFH (Flora-Fauna-Habitat)-Richtlinie ist für Vorhaben, die ein besonderes Schutzgebiet erheblich beeinträchtigen können, eine Prüfung auf Verträglichkeit mit den für dieses Gebiet festgelegten Erhaltungszielen durchzuführen (§ 34 (1) und (2) BNatSchG).

Gemäß kartographischer Darstellung der Gebietsmeldungen vom Oktober 2005 und den Nachmeldevorschlägen für Baden-Württemberg nach der FFH-Richtlinie und der EG-Vogelschutzrichtlinie vom Ministerium Ländlicher Raum liegen für den Vorhabensbereich direkt derzeit keine Hinweise auf das Vorkommen eines gemeldeten oder in Meldung befindlichen FFH- oder Vogelschutzgebietes bzw. von Flächen, die diesbezüglich die fachlichen Meldekriterien erfüllen, vor.

Eine Beeinträchtigung des europäischen Schutzgebietsnetzes "Natura 2000" ist durch das Vorhaben somit nicht zu erwarten. Weitergehende Prüfungen im Sinne des § 34 BNatSchG sind nicht erforderlich.

4.4 FFH-Mähwiese bzw. gesetzlich geschütztes Biotop

Rechtliche Vorgaben

Gemäß §19 Abs. 1 BNatSchG *ist eine Schädigung von Arten und natürlichen Lebensräumen im Sinne des Umweltschadengesetzes jeder Schaden, der erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Erreichung oder Beibehaltung des günstigen Erhaltungszustands dieser Lebensräume oder Arten hat.*

Nach §19 Abs. 3 *sind natürliche Lebensräume*

- 1. Lebensräume der Arten, die in Artikel 4 Absatz 2 oder Anhang I der Richtlinie 2009/147/EG oder in Anhang II der Richtlinie 92/43/EWG aufgeführt sind,*
- 2. natürlichen Lebensraumtypen von gemeinschaftlichem Interesse sowie*
- 3. Fortpflanzungs- und Ruhestätten der in Anhang IV der Richtlinie 92/43/EWG aufgeführten Arten.*

Nach Abs. 4 des §19 BNatSchG *hat eine verantwortliche Person eine Schädigung geschützter Arten oder natürlicher Lebensräume verursacht, so trifft sie die erforderlichen Sanierungsmaßnahmen gemäß Anhang II Nummer 1 der Richtlinie 2004/35/EG.*

Mit der Gesetzesänderung zum Schutz der Insektenvielfalt in Deutschland am 1. März 2022 wurden die Mageren Flachland-Mähwiesen (FFH-LRT 6510) und Bergmähwiesen (FFH-LRT 6520) in den Katalog der gesetzlich geschützten Biotope nach § 30 BNatSchG aufgenommen.

Nach § 30 BNatSchG bzw. § 33 des NatSchG *sind alle Handlungen, die zu einer Zerstörung oder erheblichen oder nachhaltigen Beeinträchtigung der gesetzlich geschützten Biotope führen können, verboten.* Jedoch kann nach § 30 Abs. 3 BNatSchG bzw. § 33 Abs. 3 NatSchG die Untere Naturschutzbehörde Ausnahmen von den Verboten des Abs. 2 Satz 1 zulassen.

Bestandserhebung

Nach LUBW-Abfrage befindet sich ein sehr kleiner Flächenanteil (236 m²) der FFH-Mähwiese **Magerwiese westlich vom Schuttertal I**, (Nr.: 6500031746156198) im Westen des Planungsgebiets.

Die FFH-Mähwiese wurde am 02.05.2016 kartiert. Nachfolgende Beschreibung konnte dem Datenauswertebogen entnommen werden.

Mäßig artenreiche Rotstraußgras-Rotschwingel-Magerwiese im Übergang zur typischen Glatthafer-Wiese auf einem flach nach Osten abfallenden Hang. In der Fläche stocken meist in Reihen wenige Streuobstbäume. Der Bereich wird nach Osten und Norden von Intensivgrünland begrenzt und geht nach Süden und Westen in eine artenarme Fettwiese über oder Störzeiger werden zu häufig. Der Bestand ist Mittel bis hochwüchsig, dicht und homogen. Die Schicht der niedrigen und mittelhochwüchsigen Gräser wird vom Ruchgras geprägt, Rot-Schwingel und Wolliges Honiggras sind häufig. Die lichte Obergrasschicht wird von Arten wie Glatthafer, Rohr-Schwingel und Wiesen-Knäuelgras gebildet. In der mäßig dichten Krautschicht fällt als niedrigwüchsige Art reichlich Weiß-Klee auf, Wiesenlöwenzahn und Spitz-Wegerich sind als mittelwüchsige Arten häufig und hochwüchsige Arten wie Weißes Wiesenlabkraut, Scharfer Hahnenfuß und Wiesen Sauerampfer sind prägend. Das Gräser-Kräuter-Verhältnis ist meist ausgewogen. Der Anteil der Fettwiesenarten wie Wiesenlöwenzahn, Weißes Wiesenlabkraut und Scharfer Hahnenfuß sind mit ca. 30 % relativ hoch. Als Stickstoffzeiger ist der Wiesen-Fuchsschwanz insbesondere nach Südosten fleckenweise häufig eingestreut. Wenige Ackerrelikte wie Acker-Schmalwand gedeihen. Der Anteil der Magerkeitszeiger liegt bei durchschnittlich ca. 20 % und wird hauptsächlich vom Ruchgras gebildet. Bewertungsrelevante Arten gedeihen keine im Schlag. Einzig auf den zwei Geländekanten, die den Schlag terrassieren, wachsen selten Wertgebende wie Gewöhnlicher Hornklee und Hasenbrot. Der Bestand wird regelmäßig, wahrscheinlich zwei- bis dreischürig gemäht und noch deutlich gedüngt.

Nach Aussage der Kartiererin ist die Mähwiese mit Stufe C zu bewerten, da das Arteninventar deutlich eingeschränkt ist, keine bewertungsrelevanten Arten gegeben sind und ein relativ hoher Anteil an Fettwiesenarten und Stickstoffzeigern mit weitgehend typischer Struktur vorhanden sind.

Planausschnitt: FFH-Mähwiesen



(Quelle: LUBW-Abfrage, Juli 2024, rot: Geltungsbereich des Bebauungsplans "Talblick III")

Eingriffsbewertung

Eine Fläche von 236 m² der FFH-Mähwiese, die ein gesetzlich geschütztes Biotop darstellt, liegt innerhalb des Geltungsbereichs des Bebauungsplans "Talblick III".

Durch die Ausweisung einer Obstwiese als Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft im Westen des Baugebiets erfolgt kein Eingriff in die kleine Teilfläche der FFH-Mähwiese/gesetzlich geschütztes Biotop, die innerhalb des Geltungsbereichs des Bebauungsplans liegt.

Des Weiteren sind die Vorgaben aus der artenschutzrechtlichen Abschätzung von Bioplan zu der FFH-Mähwiese/gesetzlich geschütztes Biotop, die außerhalb des Geltungsbereichs des Bebauungsplans liegt, zu beachten. Diese beinhalten, dass in die Mähwiese nicht eingegriffen werden darf und die Flächen im Rahmen der Baumaßnahmen nicht u.a. zur Lagerung von Materialien in Anspruch genommen werden dürfen.

Ein entsprechender Hinweis wurde in die Schriftlichen Festsetzungen zum Bebauungsplan aufgenommen.

4.5 Streuobstbestand

Rechtliche Vorgaben

Nach § 33a Abs. 1 NatSchG (Stand: 31.07.2020) sind Streuobstbestände im Sinne des § 4 Abs. 7 LLG, die eine Mindestfläche von 1.500 m² umfassen, zu erhalten. Im Landwirtschafts- und Landeskulturgesetz (LLG) werden Streuobstbestände folgendermaßen definiert:

Streuobstbestände sind eine historisch gewachsene Form des extensiven Obstbaus, bei dem großteils starkwüchsige, hochstämmige und großkronige Obstbäume in weiträumigen Abständen stehen. Charakteristisch für Streuobstbestände ist die regelmäßige Unternutzung als Dauergrünland. Daneben gibt es Streuobstäcker mit ackerbaulicher oder gärtnerischer Unternutzung, Streuobstalleen sowie sonstige linienförmige Anpflanzungen. Häufig sind Streuobstbestände aus Obstbäumen verschiedener Arten und Sorten, Alters- und Größenklassen zusammengesetzt. Sie sollten eine Mindestflächengröße von 1 500 m² umfassen. Im Unterschied zu modernen Obst-Dichtpflanzungen mit geschlossenen einheitlichen Pflanzungen ist in Streuobstbeständen stets der Einzelbaum erkennbar.

Gemäß § 33a Abs. 2 NatSchG dürfen Streuobstbestände im Sinne des Absatzes 1 nur mit Genehmigung in eine andere Nutzungsart umgewandelt werden. Die Genehmigung soll versagt werden, wenn die Erhaltung des Streuobstbestandes im überwiegend öffentlichen Interesse liegt, insbesondere wenn der Streuobstbestand für die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts oder für den Erhalt der Artenvielfalt von wesentlicher Bedeutung ist. Maßnahmen der ordnungsgemäßen Bewirtschaftung und Nutzung sowie Pflegemaßnahmen sind keine Umwandlung.

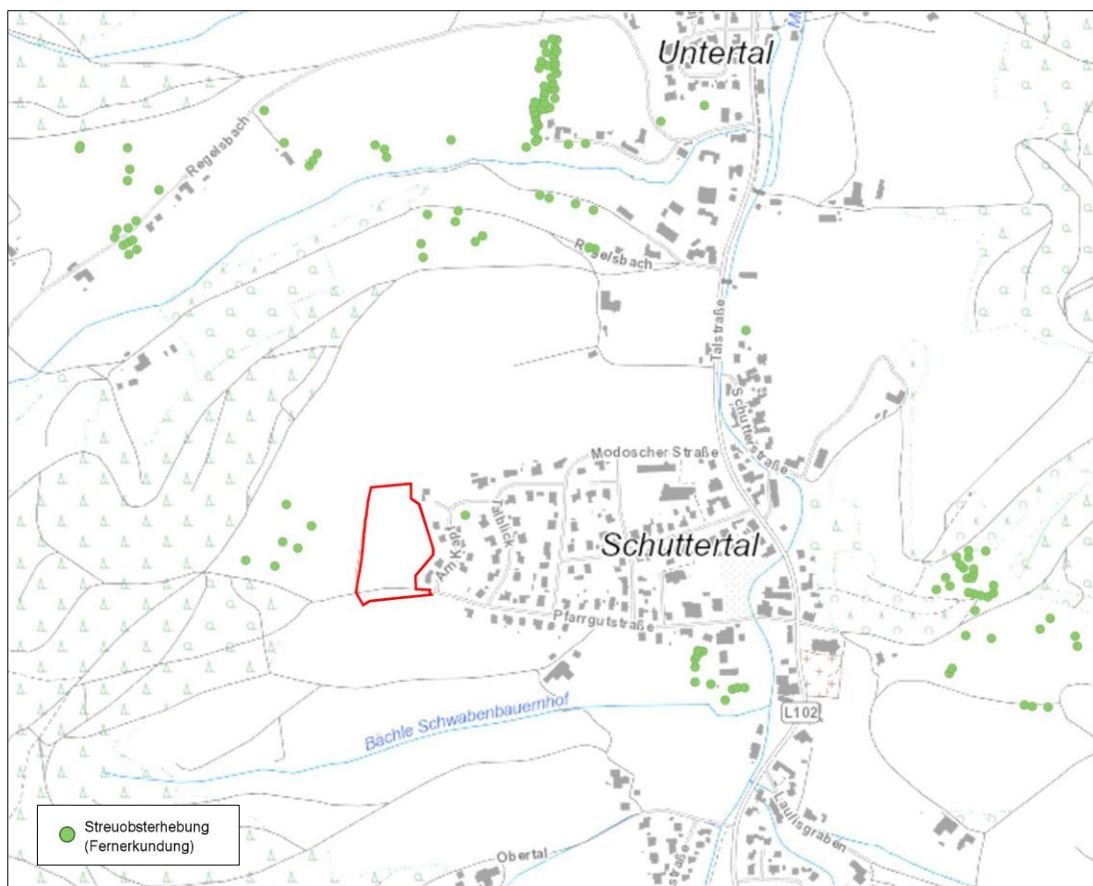
Nach § 33a Abs. 3 NatSchG sind Umwandlungen von Streuobstwiesen auszugleichen. Der Ausgleich hat vorrangig durch eine Neupflanzung innerhalb einer angemessenen Frist zu erfolgen.

Bestandserhebung

Die Gemeinde Schuttertal ist geprägt von Wiesenflächen in der Tallage und Streuobstbeständen in den ansteigenden Hanglagen. Die Obstbäume im Planungsgebiet stellen einen Ausläufer eines lose zusammenhängenden Streuobstbestandes dar. Westlich der geplanten Bebauung unterhalb der Waldfläche befindet sich das Zentrum des Streuobstbestandes.

Dies kann dem nachfolgenden Kartenausschnitt Streuobsterhebung (Fernerkundung / LUBW-Abfrage vom Juli 2024) entnommen werden.

Karte: Streuobstbestand (FERNKUNDUNG)

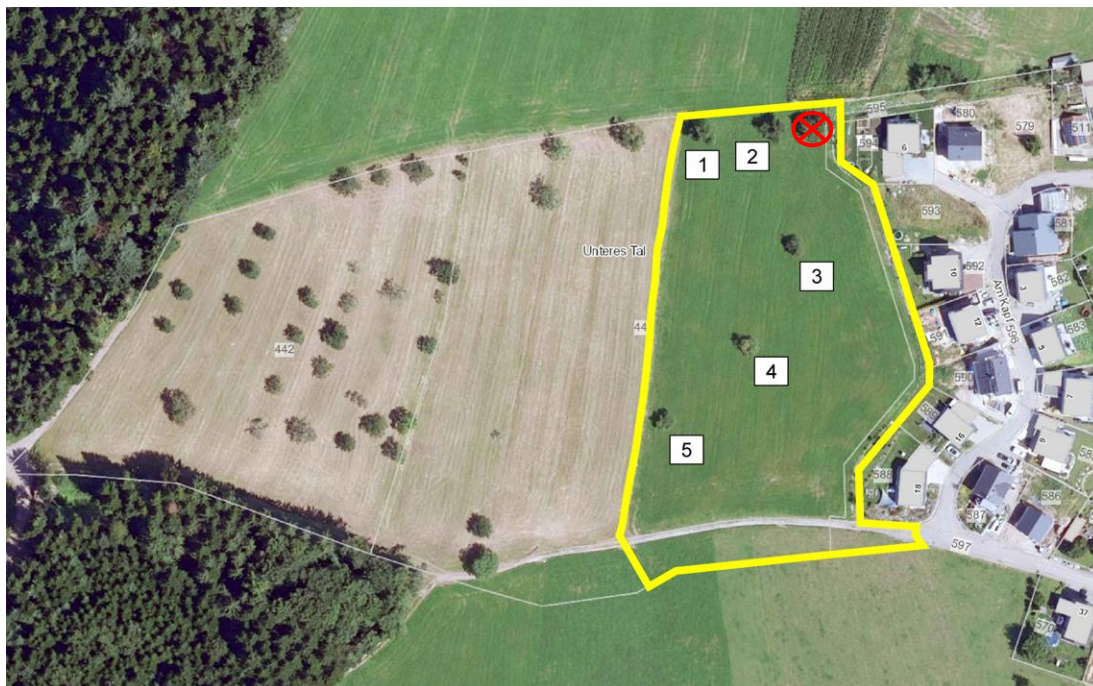


(Quelle: LUBW-Abfrage Juli 2024)

Bei den 5 Obstbäumen innerhalb des Geltungsbereichs des Bebauungsplans handelt es sich um Hochstammapfelbäume unterschiedlichen Alters, die zum Teil Totholz und Höhlen besitzen. Von Bioplan Bühl wurden in der Artenschutzrechtlichen Abschätzung von den vorhandenen 5 Obstbäumen 3 Stück mit hohem Quartierpotential kartiert.

Der nachfolgenden Fotodokumentation vom 01.03.2023 sind die Obstbäume, die innerhalb des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes stehen, zu entnehmen.

Luftbild: Nummerierung der Obstbäume



(Quelle: LUBW mit Eintrag gelb Planungsgebiet)



nicht mehr bei Begehung im März 2023 vorhandener Obstbaum

Foto 1: Obstbäume Flst. Nr. 1,4,5



Foto 2: Obstbäume Flst. Nr. 2



Foto 3: Obstbäume Flst. Nr. 4,3



Foto 4: Obstbäume Flst. Nr. 5,4



Bewertung des Eingriffs

Da der gesamte Streuobstbestand mit Ausläufern die Mindestgröße von 1.500 m² gemäß §4 Abs. 7 LLG überschreitet, ist zu beurteilen, ob ggf. durch die Beanspruchung des Streuobstausläufers durch die geplante Bebauung, ein erheblicher Eingriff in den Streuobstbestand entsteht.

Durch die Ausweisung einer öffentlichen Grünflächen "Artenschutz" als Fläche zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft im Norden des Planungsgebiets können die hier vorhandenen Obstbäume Nr. 1 und 2 (siehe Fotodokumentation) erhalten werden. Auch der Erhalt des Obstbaums Nr. 5 (siehe Fotodokumentation) innerhalb der öffentlichen Grünfläche "Obstwiese" wird festgesetzt. Daher entsteht nur der Verlust von den Obstbäumen Nr. 3 und 4 (siehe Fotodokumentation).

Ausgleichskonzept / Abwägung

Nach Aussage der Artenschutzrechtlichen Abschätzung, erstellt von Bioplan Bühl vom 12.07.2024, ist für den Verlust von Streuobstfläche ein Ausgleich von 1:1,5 zu erbringen.

Der Verlust von den Obstbäumen Nr. 3 und 4 (siehe Fotodokumentation) wird in großem Umfang kompensiert durch

- die Anpflanzung von 4 Obstbäumen als Ergänzung der zu erhaltenden beiden Obstbäume im Norden innerhalb der öffentlichen Grünfläche "Artenschutz"
- die Anpflanzung von 15 Obstbäumen inklusive Erhalt eines bestehenden Obstbaumes in der ausgewiesenen Grünfläche "Obstwiese".

Das öffentliche Interesse, Wohnbauflächen von Seiten der Gemeinde anzubieten, überwiegt in diesem Fall gegenüber dem Verlust von 2 Obstbäumen, die Bestandteil eines Ausläufers nach §33a NatSchG geschützten Streuobstbestandes sind und umfangreich kompensiert werden.

Die Gemeinde Schuttertal stellte einen Antrag auf Umwandlung eines Streuobstbestandes i. d. F. vom 04.10.2024 beim Amt für Umweltschutz, Landratsamt Ortenaukreis.

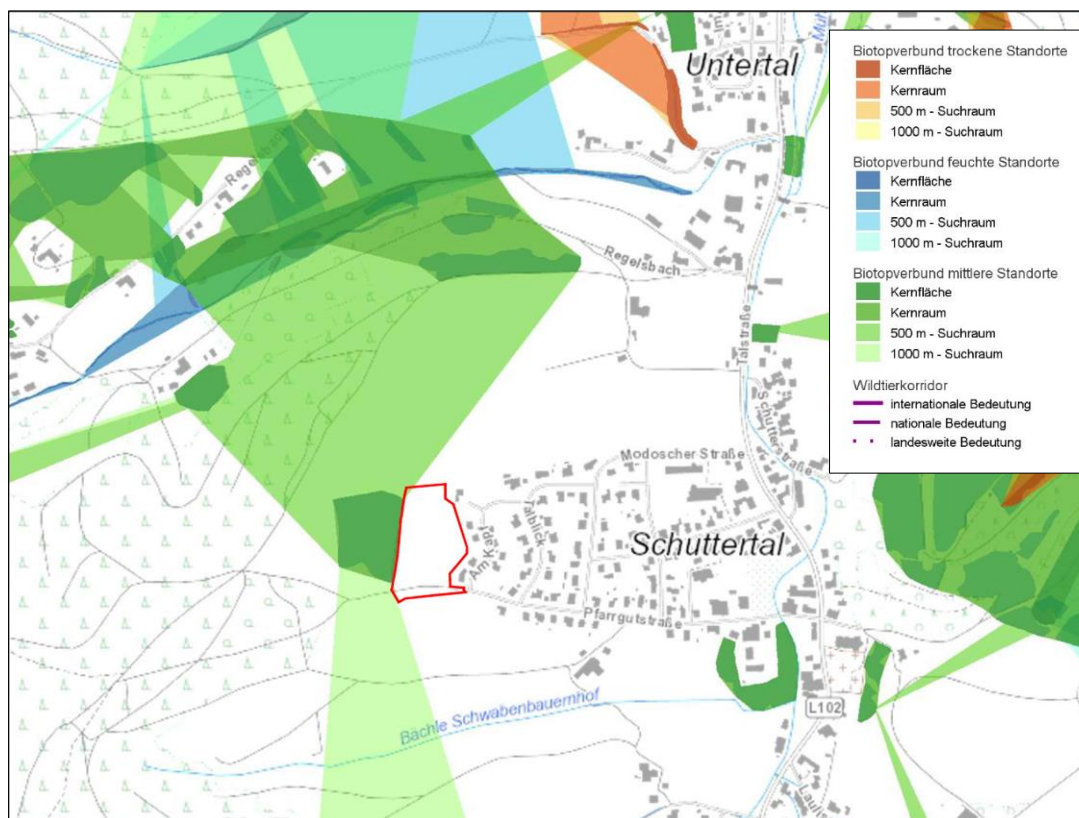
Das Amt für Umweltschutz stellte mit Mail vom 10.10.2024 nach Durchsicht der Antragsunterlagen die naturschutzrechtliche Genehmigung zu dem Antrag auf Streuobstumwandlung in Aussicht.

4.6 Biotopverbund

In Baden-Württemberg existieren der landesweite Biotopverbund Offenland und der auf Waldflächen bezogenen Generalwildwegeplan. Diese zwei Fachplanungen sind integrativer Bestandteil eines nationalen bzw. internationalen ökologischen Netzwerkes und besitzen Rechtsverbindlichkeit im Rahmen des gesetzlich geforderten Biotopverbundes nach § 20 BNatSchG.

Die Fachplanung Biotopverbund für feuchte, mittlere und trockene Standorte bestehen jeweils aus einer Kernfläche, Kernraum, und einem 500- bzw. 1.000 m-Suchraum. Der Generalwildwegeplan besteht aus einem 1.000 m breiten Korridor.

Kartenausschnitt: Biotopverbund



(Quelle: LUBW-Abfrage, Juli 2024; rot: Geltungsbereich des Bebauungsplans)

Wie dem Kartenausschnitt zu entnehmen ist, werden durch den Bebauungsplan direkt keine Biotopverbundflächen beansprucht, jedoch Biotopverbundflächen mittlerer Standorte (FFH-Mähwiese/gesetzlich geschütztes Biotop), die direkt angrenzen bzw. kleinflächig innerhalb des Planungsgebiets liegen, tangiert.

5 Artenschutzrechtliche Prüfung

5.1 Rechtliche Vorgaben

Nach § 44 BNatSchG (2010) besteht ein Zugriffsverbot für besonders geschützte Arten. Dies sind die europäischen Vogelarten nach Art. 1 der Vogelschutzrichtlinie sowie die Arten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie.

Nach einer Bestandserhebung ist im Rahmen der **artenschutzrechtlichen Prüfung** eine Prognose möglicher Beeinträchtigungen zu erstellen.

Es ist zu prüfen, ob

- durch die Planung eine **erhebliche Störung** während der in Satz Nr. 2 genannten Zeiten eintritt, durch die sich der Erhaltungszustand der lokalen Population verschlechtert.
- es zu einer **Zerstörung der Fortpflanzungs- und Ruhestätten** der Art (bei regelmäßig benutzten Stätten auch dann, wenn sie aktuell nicht besetzt sind) kommt. Die Zerstörung von Nahrungs- und Jagdhabitaten ist nur dann relevant, wenn sie einen essentiellen Bestandteil des Habitats darstellen und z.B. für die betroffenen Individuen nicht an anderer Stelle zur Verfügung stehen.
- es zur **Tötung, Verletzung, Entnahme oder Fang von Individuen** kommt, und ob diese unvermeidbar sind.

Wenn die Festsetzungen des Bebauungsplans dazu führen, dass Verbotstatbestände eintreten, ist die Planung grundsätzlich nicht zulässig. Es ist jedoch eine Ausnahme von den Verboten möglich, wenn zwingende Gründe des überwiegenden öffentlichen Interesses vorliegen, es keine zumutbaren Alternativen gibt und der günstige Erhaltungszustand für die Arten trotz des Eingriffsgewährleistet bleibt.

5.2 Artenschutzrechtliche Prüfung

Die Gemeinde Schuttertal beauftragte das Büro, Bioplan Bühl, mit der Erstellung einer artenschutzrechtlichen Abschätzung. Die artenschutzrechtliche Abschätzung vom 12.07.2024 wird als Anlage beigelegt.

Die Gutachter kamen zu folgendem Ergebnis:

Nach einer artenschutzrechtlichen Abschätzung inklusive einer Vorortbegehung ist eine Betroffenheit, aber auch eine Verletzung der Verbotstatbestände nach § 44 BNatSchG für die Tiergruppen Vögel (verschiedene Arten), Säugetiere (Fledermäuse) und Amphibien (Gelbbauchunke) nicht vollständig auszuschließen. Daher werden Maßnahmen festgesetzt.

Für die übrigen artenschutzrechtlich relevanten Tier- und Pflanzengruppen bestehen nach fachgutachterlicher Einschätzung keine Betroffenheit durch die Umsetzung des Vorhabens und damit auch keine Erheblichkeit. Für sie war eine vertiefende spezielle

artenschutzrechtliche Prüfung daher ebenso wenig notwendig wie weitere Gelände-erfassungen. Eine Verletzung von Verbotstatbeständen nach § 44 BNatSchG wird damit für die nachfolgend aufgeführten Arten bzw. Gruppen ausgeschlossen: Säuge-tiere (außer Fledermäuse), Reptilien, Amphibien (außer Gelbbauchunke), Gewässer bewohnende Arten und Tiergruppen, Spinnentiere, Landschnecken, Schmetterlinge und Käfer sowie artenschutzrechtlich relevante Farn- und Blütenpflanzen sowie Moose.

Nachfolgende Maßnahmen sind nach Aussage der artenschutzrechtlichen Ab-schätzung durchzuführen und wurden in die Schriftlichen Festsetzungen des Bebauungsplans bzw. als Hinweise aufgenommen.

Vermeidungsmaßnahmen

VM 1 - Vermeidung eines Eingriffs in kartierten Biotop und FFH-Mähwiese

Es muss sichergestellt werden, dass der anliegende Biotop sowie die anliegende FFH-Mähwiese nicht beeinträchtigt werden. Baubedingte Emissionen von Nährstof-fen oder Staub sind soweit wie möglich zu unterbinden. Rodungs- oder Mäharbeiten sowie jegliche weiteren Eingriffe in die Vegetation und den Boden des Biotops bzw. der FFH-Mähwiese sind zu unterlassen. Baustelleneinrichtungen, u.a. Parkmöglich-keiten für Fahrzeuge, Materiallagerplätze oder Bereiche für Bodenaushub dürfen nicht im Bereich des Biotops bzw. der FFH-Mähwiese eingerichtet werden. Die Mäh-wiese ist weiterhin dauerhaft fachgerecht zu pflegen.

VM 2 - Baufeldräumung

Die Baufeldräumung muss außerhalb der Fortpflanzungszeit von Vögeln stattfinden (in der Regel von September bis Februar bestimmt durch die früh brütenden Arten bzw. spät brütenden Arten mit einer Brutzeit bis Mitte/Ende August), damit keine Nes-ter und Gelege von Baum- und Gebüschbrütern zerstört werden. Die gesetzlichen Vorschriften beim Fällen oder Roden von Gehölzen müssen darüber hinaus berück-sichtigt werden.

Zur Vermeidung von baubedingten Verletzungen und Tötungen von Fledermäusen sind die Fäll- und Rodungsarbeiten außerhalb der Aktivitätszeit dieser Tiergruppe in der Zeit von Ende November bis Ende Februar durchzuführen. Dabei gilt es eine Frostperiode, besser zwei Frostperioden, abzuwarten. Eine Frostperiode besteht aus drei Frostnächten. Dadurch wird sichergestellt, dass sich keine Fledermäuse mehr in Spalten befinden, da diese nicht frostsicher sind.

Sollte dies aus unveränderbaren, nicht artenschutzrechtlichen Gründen nicht möglich sein (zu berücksichtigen ist, dass, nach § 39 Abs. BNatSchG, in Gehölzbestände nur in der Zeit vom 1. Oktober bis zum 28. Februar eingegriffen werden kann), muss im Vorfeld kurz vor der Räumung durch einen sachverständigen Ornithologen bzw. Fle-dermauskundler eine Kontrolle bzw. eine Nestersuche stattfinden. Sollten Nester bzw. Fledermäuse oder auf Hinweise auf diese gefunden werden bzw. Verdacht auf eine Nutzung bestehen, kann eine Baufeldräumung nicht stattfinden. Durch diese Bauzeitenbeschränkung ist davon auszugehen, dass keine Individuen relevanter Vo-gelarten und auch nicht deren Eier oder Jungvögel, aber auch keine Fledermäuse direkt geschädigt werden. Ferner können sämtliche Individuen aller Vogel-Arten, mit Ausnahme der nichtflüggen Jungvögel, bei der Baufeldräumung rechtzeitig fliehen, so dass es zu keinen Tötungen bzw. Verletzungen kommt.

VM 3 - Vermeidung von temporären Brutmöglichkeiten

Nicht vollständig auszuschließen ist, dass Arten wie Haussperling, Bachstelze oder Hausrotschwanz neue, temporäre Strukturen als Brutplatz nutzen, aber auch Teile der Baustelleneinrichtung selbst (Container). Hierzu zählen auch Lagerung von Holz bzw. Schnittgut von Gehölzen oder Entstehung von Sukzessionsbereichen auf Bau-

bzw. Lagerflächen. Dadurch könnten Nester geschädigt oder zerstört sowie Jungvögel durch den Bauablauf getötet werden.

Durch eine konsequente Überwachung kann verhindert werden, dass Vogelarten, die sich im Baufeld ansiedeln, getötet oder verletzt bzw. ihre Nester und Gelege zerstört werden.

VM 4 - Erhalt von Obstbäumen

Die drei Obstbäume mit hohem Quartierpotential für Fledermäuse innerhalb des Geltungsbereiches, die teilweise auch Bruthöhlen des Stars beinhalten, sind dauerhaft zu erhalten, fachgerecht zu pflegen und bei Abgang durch Hochstämme regionaltypischer Obstbaumsorten zu ersetzen.

VM 5 - Vermeidung von Lichtemissionen

Durch Lichtemissionen ergeben sich Betroffenheiten, besonders bei Fledermäusen. Grundsätzlich müssen bau-, anlagen- und betriebsbedingte Störungen durch Licht und Erschütterungen beim Durchflug und bei der Nahrungssuche durch geeignete Maßnahmen weitestgehend vermieden werden:

- Grundsätzlich muss auf eine starke und diffuse Straßen- und Grundstücksbeleuchtung verzichtet werden.

- Lichtquellen, schwache LED-Beleuchtung, dürfen nicht in das umliegende Gelände ausstrahlen,

sondern müssen, ohne Streulicht, zielgerichtet auf den Arbeitsbereich sein. Dafür werden die Lichtquellen nach oben sowie zur Seite hin abgeschirmt. So wird eine ungewollte

Abstrahlung bzw. Streulicht vermieden.

- Kaltweißes Licht mit hohem Blauanteil (Wellenlängen unter 500 nm und Farbtemperaturen

über 3000 Kelvin) ist zu vermeiden, da insbesondere der Blauanteil im Licht Insekten anlockt und stark gestreut wird.

VM 6 - Amphibien - Gelbbauchunke

Sofern die Bauzeit während der Fortpflanzungszeit der Amphibien-Art Gelbbauchunke stattfindet (April bis August), müssen sich nach Regen bildende flache Gewässer umgehend beseitigt werden, damit sich keine Gelbbauchunken ansiedeln und laichen können.

Vorsorgemaßnahmen

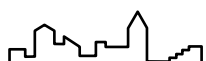
VoM 1 - Erhalt und Ergänzung der Leitlinie

Die zwei Obstbäume im Norden des Geltungsbereiches sind dauerhaft zu erhalten (siehe hierzu auch BOSCHERT & HUBER 2014) und durch die Pflanzung von vier weiterer Hochstämme regionaltypischer Obstbaumsorten zu ergänzen. Der Unterwuchs ist als Grünland einzurichten.

Naturschutzfachlich begleitende Maßnahmen inklusive Monitoring

Eine naturschutzfachliche Bauüberwachung (= ökologische Baubegleitung), die auf einen orts- und sachkundigen Biologen mit guten faunistischen, aber auch tierökologischen Kenntnissen zurückgreift, ist erforderlich. Dadurch werden die verschiedenen Maßnahmen überwacht, begleitet und überprüft.

Zentraler Bereich dieser Effizienz- und Erfolgskontrolle ist die Verfolgung der Lebensraumentwicklung einschließlich einer Funktions- und Wirkungsanalyse der durchgeführten Maßnahmen sowie der Bestands- und Verbreitungsentwicklung (Monitoring).



Die zu erhaltenden Obstbäume sind im ersten, zweiten und fünften Jahr nach Beginn der Baufeldräumung auf eine Nutzung durch den Star zu überprüfen. In diesem Zuge ist auch zu überprüfen, ob die Neupflanzungen durchgeführt wurden und die Pflege der Streuobstwiese ordnungsgemäß erfolgt (vgl. 6.3 Ausgleich von Streuobstbeständen).

Ausgleich von Streuobstbeständen

Die fünf Obstbäume innerhalb des Geltungsbereichs, von denen zwei nicht erhalten werden können, fallen in die Kategorie Streuobst. Entsprechend der "Vollzugshilfe zur Anwendung des § 33 a NatSchG" (UM BW 2021) ist bei Verlust von Streuobstflächen ein Ausgleich von mindestens 1:1,5 zu gewährleisten.

Im Westen des Baugebiets wird eine Wiesenfläche von ca. 1.700 m² erhalten, auf der die Anpflanzung von 15 Obstbäumen durchzuführen ist. Entlang des Wirtschaftswegs wird die Anpflanzung von weiteren drei Obstbäumen auf einer bereits bestehenden Wiesenfläche festgelegt.

Die Kompensation für die verloren gehenden Streuobstbestände muss nach Möglichkeit vor dem Eingriff (zeitliche Entwicklungsschiene) stattfinden.

Auf sämtlichen anrechenbaren Flächen müssen lokal- bzw. regionaltypische Obstsorten, bevorzugt Apfelsorten, gepflanzt werden, da diese später einen hohen Anteil an Höhlen und Halbhöhlen entwickeln. Ferner können aber auch Birnen oder Kirschen oder andere Obstsorten angepflanzt werden. Anteilig ist auch die Pflanzung anderer Bäume, u.a. Nussbäume oder Speierling, möglich. Die zu pflanzenden Bäume müssen einen Stammumfang von mindestens zehn Zentimetern aufweisen, so dass sie ihre Funktion als Nahrungsgebiet erfüllen.

Der Unterwuchs ist auf jeden Fall als Grünland einzurichten. Zur Entwicklung einer artenreichen Magerwiese müssen die Flächen zukünftig zweimal jährlich zwischen Juni und Oktober gemäht werden. Der erste Schnitt des Jahres darf nicht vor der Hauptblüte der bestandsbildenden Gräser erfolgen, vor dem zweiten Schnitt muss eine mindestens achtwöchige Ruhephase eingehalten werden. Das Mähgut ist grundsätzlich abzutragen.

Die Düngung des Bestandes ist bestenfalls ganz zu unterlassen, kann zur moderaten Erhöhung des Ertrags entzugsorientiert erfolgen, dann allerdings ausschließlich mit Festmist.

Positiv ist die Einrichtung von (Rand-)Streifen, die wechselnd in mehrjährigem Abstand gemäht werden.

Die Gutachter kamen zu dem gesamtgutachterliche Fazit:

Unter Berücksichtigung und vollständiger Umsetzung aller genannten Maßnahmen wird aus fachgutachterlicher Sicht eine Verletzung von Verbotstatbeständen nach § 44 BNatSchG bei den artenschutzrechtlich relevanten Arten ausgeschlossen. Eine spezielle artenschutzrechtliche Prüfung (saP) mit weiteren vertiefenden Untersuchungen ist daher nicht erforderlich.

6 Derzeitiger Umweltzustand und Auswirkungen der Planung

6.1 Derzeitiger Umweltzustand

Mensch

Unter dem Schutzgut Mensch ist im Allgemeinen die Bevölkerung und im Speziellen ihre Gesundheit und ihr Wohlbefinden zu verstehen. Zur Wahrung dieser grundsätzlichen Daseinsfunktionen der Bevölkerung sind vordergründig die Schutzziele Wohnen, Regenerationsmöglichkeiten und Erholung zu betrachten.

Bei dem Planungsgebiet handelt es sich um eine Fläche, die sich im Westen angrenzend an das Baugebiet "Talblick II" des Ortsteils Schuttertal der Gemeinde Schuttertal in Hanglage befindet und landwirtschaftlich als Grünland mit einzelnen Obstbäumen genutzt wird.

Nach Norden, Westen und Süden grenzen weitere Grünlandflächen in Hanglage an. Nordwestlich befindet sich der bewaldete Hangrücken zum Regelsbachtal. Im Süden tangiert eine Wirtschaftsweg, der auch als Spazierweg genutzt werden kann.

Für die Allgemeinheit besitzt das Planungsgebiet Erholungsfunktion. Es bietet einen sehr guten Ausblick ins Schuttertal und zu den das Tal begrenzenden Höhenlagen.

Vorbelastungen für den Menschen wie Lärm, Lufthygiene sind ggf. bei unsachgemäßer landwirtschaftlicher Bewirtschaftung gegeben.

Für das Schutzgut Mensch hinsichtlich der Erholungsfunktion wird das Planungsgebiet in eine mittlere bis hohe Wertigkeit eingestuft.

Fläche

Nach Aussage des Regionalplans Südlicher Oberrhein wird durch den Bebauungsplan Landwirtschaftsfläche beansprucht.

Bei dem Planungsgebiet handelt sich nach Aussage des rechtswirksamen Flächennutzungsplans der Vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft Seelbach-Schuttertal größtenteils um eine Fläche für Landwirtschaft.

Das Schutzgut Fläche wird in eine mittlerer Wertigkeit eingestuft.

Boden

Durch den Bebauungsplan werden Flächen überplant, die überwiegend nicht bebaut und versiegelt sind. Die nicht versiegelten Flächen nehmen vielfältige ökologische Funktionen wahr und stellen eine landbauwürdige Fläche mit mittlerer Qualität dar.

Vorbelastungen sind ggf. bei unsachgemäßer Bewirtschaftung der Landwirtschaftsflächen gegeben.

Das Planungsgebiet besitzt für das Schutzgut Boden eine mittlere Wertigkeit.
(s. Naturschutzrechtliche Eingriff-/Ausgleichsbilanzierung für das Schutzgut Boden)

Wasser

Das Planungsgebiet befindet sich nach Aussage der Hydrogeologischen Einheiten (Abfrage LUBW) im Bereich des Grundwassergeringleiters „Paläozoikum, Kristallin (GWG)\", der für das Grundwasserdargebot eine geringe Bedeutung besitzt.

Vorbelastungen sind nicht erkennbar. Im Osten des Planungsgebiets verläuft ein Fangegraben für Hangwasser, der im Zuge der Bebauung "Talblick II" angelegt wurde.

Das Planungsgebiet besitzt für das Schutzgut Wasser eine geringe Wertigkeit.

Klima/Luft

Nicht versiegelte Freiflächen am Ortsrand wirken sich grundsätzlich sehr positiv auf das Kleinklima aus und stellen Kaltluftentstehungsgebiete dar.

Bei dem Planungsgebiet handelt es sich um ein siedlungsrelevantes Kaltluftentstehungsgebiet am westlichen Ortsrand. Aufgrund der Hanglage ist damit zu rechnen, dass die oberhalb in den Waldfläche gebildete Frischluft wie auch die auf den Wiesenflächen entstehende Kaltluft sich positiv auf die östlich angrenzende Bebauung auswirkt und in die Talleitbahn des Schuttertals mündet.

Vorbelastungen sind nicht vorhanden.

Das Schutzgut Klima wird in eine hohe Wertigkeit eingestuft.

Pflanzen/Tiere/biologische Vielfalt

Im Hinblick auf die ökologische Wertigkeit besitzt das Planungsgebiet aufgrund seiner landwirtschaftlich genutzten Grünlandfläche mit einzelnen Obstbäumen eine mittlere bis hohe Bedeutung.

Eine sehr hochwertige Fläche, FFH-Mähwiese/gesetzlich geschütztes Biotop, liegt westlich des Baugebiets bzw. eine kleine Teilfläche von ca. 240 m² liegt innerhalb des Planungsgebiets.

Das Schutzgut Pflanzen/Tiere/biologische Vielfalt wird in eine mittlere bis hohe Wertigkeit eingestuft.

(s. Naturschutzrechtliche Eingriff-/Ausgleichsbilanzierung für das Schutzgut Pflanzen/Tiere/biologische Vielfalt)

Bzgl. der Tierarten wird auf die artenschutzrechtliche Prüfung (s. Kap.5) verwiesen.

Landschafts-/Ortsbild

Das Untersuchungsgebiet wird geprägt durch die Grünlandflächen mit einzelnen Obstbäumen in Hanglage. Es handelt sich bei dem zukünftigen Baugebiet um eine naturraumtypische unbebaute Flächen am Ortsrand, von der man einen guten Ausblick ins Schuttertal hat.

Dem Schutzgut Landschaft-/Ortsbild wird daher eine mittlere bis hohe Wertigkeit zugeordnet.

Kultur- und sonstige Schutzgüter

Ein Vorkommen von Denkmalen und Gesamtanlagen gemäß DSchG innerhalb des Planungsgebiets ist nicht bekannt.

6.2 Umweltauswirkungen der Planung

Bei der Beurteilung der Umweltauswirkungen sind zu berücksichtigen:

- **Baubedingte Wirkfaktoren**
 - Temporäre Flächeninanspruchnahme für Baustelleneinrichtung
 - Lärm, Stäube und Erschütterungen durch Baustellenfahrzeuge und sonstige Geräte im Gebiet und ggf. angrenzend
 - Beeinträchtigung von FFH-Mähwiese/gesetzlich geschütztem Biotop
 - Störung und Schädigung von Tieren
 - Unfälle während der Bauarbeiten (Leckagen von Tanks etc.)
- **Anlagebedingte Wirkfaktoren**
 - Beseitigung von Vegetation durch Flächenumwandlung
 - Verlust von landwirtschaftlicher Nutzfläche, die als Grünland gut bewirtschaftbar ist
 - Verlust von Erholungsraum
 - Bodenverdichtung und Bodenversiegelung
 - Reduzierung der Grundwasserneubildung durch Erhöhung des Oberflächenwasserabflusses
 - Veränderung des Mikroklimas durch Temperaturanstieg aufgrund von Versiegelung
 - Beeinträchtigung von FFH-Mähwiese/gesetzlich geschütztem Biotop
 - Auswirkungen auf Biotopstrukturen und die Tierwelt (Flächeninanspruchnahme, visuelle Wirkungen)
 - Beeinträchtigung des Orts- und Landschaftsbilds
- **Betriebsbedingte Wirkfaktoren**
 - Schadstoff- und Lärmbelastung durch Verkehr
 - Treibhausgasemissionen durch Verkehr
 - Lichtemissionen und evtl. Blendung der Fauna durch Spiegelung
 - Beeinträchtigung von FFH-Mähwiese/gesetzlich geschütztem Biotop
 - Beeinträchtigung des Orts- und Landschaftsbilds bei einer den topographischen Gegebenheiten nicht angepassten Bebauung
 - Beeinträchtigung des Orts- und Landschaftsbildes bei fehlender Grüneinbindung

Bei der nachfolgenden tabellarischen Beurteilung der Auswirkungen durch den Bebauungsplan "Talblick III" wurde der Zeichnerische Teil des Bebauungsplans incl. planungsrechtliche Festsetzungen zugrunde gelegt.

Auf die Ergebnisse nachfolgende **Gutachten** konnte dabei zurückgegriffen werden:

- Artenschutzrechtlicher Abschätzung
erstellt von Bioplan Bühl, vom 12.07.2024
- Naturverträgliches Regenwasserbewirtschaftungskonzept
erstellt von Siggelkow GmbH, Offenburg, vom 01.07.2024

Plan: Bebauungsplan "Talblick III" der Gemeinde Schuttertal



(Quelle: Büro Fischer, Zeichnerischer Teil des Bebauungsplans "Talblick III")

Fachliche Prüfung

Auswirkungen auf den Menschen			
	Funktion und Werte	Beeinträchtigung	
Gesundheitliche Aspekte			
Lärm	Ist mit Lärmauswirkungen durch angrenzende Nutzungen (Gewerbe, Einkaufsmarkt etc.) innerhalb des Bebauungsplans zu rechnen?	[] ja	[x] nein*1
	Kann der B-Plan negative Auswirkungen im Hinblick auf die Lärmsituation der Umgebung haben (Straßenverkehr, Flugverkehr, Freizeitlärm etc.)?	[] ja	[x] nein*1
	Sind Probleme im Hinblick auf die Lärmsituation innerhalb des Bebauungsplans zu erwarten?	[] ja	[x] nein*1
*1 Derzeit sind keine Auswirkungen im Hinblick auf die Lärmsituation bekannt.			

*1 Derzeit sind keine Auswirkungen im Hinblick auf die Lärmsituation bekannt.

	Funktion und Werte	Beeinträchtigung	
Lufthygiene	Kann der Bebauungsplan negative Auswirkungen im Hinblick auf die lufthygienische Situation der Umgebung (Luftverunreinigungen durch Partikel (z.B. Staub und Ruß), Gase (z.B. Kohlenmonoxid, Stickstoffoxide, Schwefeldioxid) oder Gerüche – Quellen: Wald, Landwirtschaft, Industrie, Gewerbe, Verkehr etc.) haben?	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein*2
	Sind innerhalb des B-Plans Probleme im Hinblick auf die lufthygienische Situation zu erwarten?	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein*2
*2 Derzeit sind keine Auswirkungen im Hinblick auf die Lufthygiene bekannt.			
Erschütterungen	Kann der B-Plan negative Auswirkungen auf die Umgebung aufgrund von erzeugten Erschütterungen (Industrieverfahren, Verkehr etc.) haben?	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein*3
	Sind innerhalb des B-Plans Probleme mit erzeugten/vorhandenen Erschütterungen zu erwarten?	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein*3
*3 Derzeit sind keine Auswirkungen im Hinblick auf Erschütterungen bekannt.			
Elektromagnetische Felder	Kann der Bebauungsplan negative Auswirkungen (z.B. Reizströme bei niederfrequenten Feldern, Wärmewirkungen bei hochfrequenten Feldern, Lichtverschmutzungen wie Blendung und Aufhellung) auf die Umgebung aufgrund von erzeugten elektromagnetischen Feldern (z.B. durch Hochspannungsleitungen und Sendeanlagen) haben?	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein*4
	Sind innerhalb des Bebauungsplans Probleme mit erzeugten/vorhandenen elektromagnetischen Feldern zu erwarten?	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein*4
*4 Derzeit sind keine Auswirkungen im Hinblick auf Elektromagnetische Felder bekannt.			
Risiken durch Unfälle oder Katastrophen	Kann der Bebauungsplan negative Auswirkungen durch Unfälle und Katastrophen auf die Umgebung haben?	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein*5
	Sind innerhalb des Bebauungsplans Risiken durch Unfälle oder Katastrophen zu erwarten?	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein*5
*5 Derzeit liegen hierzu keine Angaben vor.			
Auswirkungen durch erzeugte Abfälle	Kann der Bebauungsplan negative Auswirkungen durch erzeugte Abfälle haben?	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein*6
*6 Die im Bereich des Bebauungsplans erzeugten Abfälle werden ordnungsgemäß über die Abfallwirtschaft des Ortsanukreises entsorgt. Die Abwasserentsorgung erfolgt über ein entsprechendes Entwässerungssystem zur Kläranlage des Abwasserzweckverbands.			
Freizeit- und Naherholung			
Grünflächen in der Ortslage	Kann der B-Plan negative Auswirkungen auf öffentliche Grünflächen (Spielplatz, Parkplatz, etc.) haben?	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein*7
	Verbessert sich innerhalb des B-Plans durch die Anlage von Grünflächen die Erholungsfunktion?	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein*8
*7 Durch den Bebauungsplan werden keine öffentlichen Grünflächen beansprucht.			
*8 Da im Bereich des Bebauungsplans keine öffentlichen Grünflächen wie Spielplatz etc. geplant sind, ist mit keinen Auswirkungen zu rechnen.			

	Funktion und Werte	Beeinträchtigung	
Freie Landschaft (Landwirtschaftsfläche, Wald)	Kann der Bebauungsplan negative Auswirkungen auf die umgebende freie Landschaft (Verlust von Naturnähe und Vielfalt, Verlust von prägende Einzlementen, Beeinträchtigung der Zugänglichkeit und Blickbeziehungen etc.) haben?	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein*9
<p>*9 Das zukünftige Baugebiet stellt eine Ergänzung oberhalb der bestehenden Bebauung dar. Es beansprucht eine für den Naturraum typische Wiesenfläche in Hanglage mit einzelnen Obstbäumen, von der man einen guten Blick ins Schuttertall hat. Die Zugänglichkeit der oberhalb liegenden Wiesen- und Waldflächen ist weiterhin gegeben.</p> <p>Bei einer den topographischen Gegebenheiten nicht angepasster Bebauung kann es zu negativen Auswirkungen auf die umgebende freie Landschaft kommen.</p> <p>Positiv wirkt sich die Obstwiese im Westen aus, die einen Übergang zur freien Landschaft darstellt.</p>			

Auswirkungen auf Natur und Landschaft			
Schutzgut	Funktion und Werte	Beeinträchtigung	
Fläche			
	Nutzungsumwandlung	[x] ja*1	[] nein
	Landwirtschaftliche Vorrangflur Stufe 1 (lt. Flurbilanz Ba-Wü)	[] ja	[x] nein*2
	Versiegelung	[x] ja*3	[] nein
	Zerschneidung	[] ja	[x] nein*4
<p>*1 Im rechtswirksamen FNP der VG Seelbach-Schuttertall ist die Fläche größtenteils als Landwirtschaftsfläche ausgewiesen.</p> <p>*2 Nach Aussage der Raumnutzungskarte des Regionalplans Südlicher Oberrhein handelt es sich bei dem Planungsgebiet um <u>keine</u> Landwirtschaftsfläche der Vorrangflur Stufe 1.</p> <p>*3 Mit Realisierung des Bebauungsplans findet Versiegelung statt.</p> <p>*4 Zu einer Zerschneidung der Flur kommt es nicht, da sich das neue Wohngebiet an bestehende Wohnbebauung anschließt.</p>			
Boden			
	Ausgleichskörper im Wasserkreislauf	[x] ja*5	[] nein
	Speicher, Filter und Puffer für Schadstoffe	[x] ja*5	[] nein
	Lebensgrundlage / Lebensraum / Standort für Kulturpflanzen bzw. für natürliche Vegetation	[x] ja*5	[] nein
	Archiv der Natur- und Kulturgeschichte	[] ja	[x] nein*5
	Altlasten	[] ja	[x] nein*5
<p>*5 Durch Bebauung und Versiegelung ergibt sich eine Beeinträchtigung der Bodenfunktionen. Ein entsprechender Ausgleich ist nach der ÖKVO zu erbringen.(s. Eingriffs/Ausgleichsbilanzierung Schutzgut Boden)</p> <p>Bodendenkmale sind nicht bekannt.</p> <p>Angaben zu Altlasten liegen nicht vor.</p>			
Grundwasser			
	Neubildung	[x] ja*6	[] nein
	Dynamik (Strömung, Flurabstand)	[x] ja*6	[] nein
	Qualität (Schad- und Nährstoffarmut)	[] ja	[x] nein*7
<p>*6 Durch Bebauung und Versiegelung ergibt sich eine Reduzierung der Grundwasserneubildungsrate.</p> <p>*7 Die zusätzliche Neuversiegelung wird sich unwesentlich auswirken.</p>			

Schutzgut	Funktion und Werte	Beeinträchtigung	
Oberflächengewässer			
Name: Fangegraben für Hangwasser			
	Struktur (Aue, Ufer, Gewässerbett)	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein*8
	Dynamik (Strömung, Hochwasser)	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein*8
	Qualität (Schad- und Nährstoffarmut)	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein*8
<p>*8 Im Osten des Planungsgebiets verläuft ein Fangegraben für Hangwasser, der im Zuge der Bebauung "Talblick II" angelegt wurde und an die neue westliche Siedlungsgrenze verlegt werden soll. (Ausweisung einer öffentlichen Grünfläche)</p> <p>Weitere Oberflächengewässer sind nicht vorhanden.</p> <p>Ein Einbau von Zisternen mit gedrosseltem Abfluss kann sich positiv auf den Hochwasserschutz auswirken.</p>			
Klima/Luft			
	Luftqualität	<input checked="" type="checkbox"/> ja*9	<input type="checkbox"/> nein
	Kaltluftentstehung und -bahnen	<input checked="" type="checkbox"/> ja*9	<input type="checkbox"/> nein
	Besonnung u. Reflektion (Temperatur/Bioklima)	<input checked="" type="checkbox"/> ja*9	<input type="checkbox"/> nein
	Anfälligkeit gegenüber den Folgen des Klimawandels	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein*9
<p>*9 Kleinklimatisch wird sich die Bebauung und Versiegelung negativ gegenüber dem Bestand (landwirtschaftlich genutzte Grünlandfläche in Hanglage) auswirken.</p> <p>Durch Ausweisung von öffentlichen Grünflächen ("Artenschutz", "Obstwiese", "Fangegraben" und südlich des Wirtschaftswegs) sowie durch eine Reduzierung der versiegelten Flächen auf das unbedingt erforderliche Maß wird eine Minimierung der klimatischen Auswirkungen erreicht.</p>			
Pflanzen/Tiere/biologische Vielfalt			
	<u>Biotoptypen - Bestand:</u> - Wiesenflächen in Hanglage mit einzelnen Obstbäumen - Fangegraben - Wirtschaftsweg in wassergebundener Decke	<input checked="" type="checkbox"/> ja *10	<input type="checkbox"/> nein
	<u>Natura 2000-Gebiete:</u> - in räumlicher Nähe nicht vorhanden	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein*11
	<u>FFH-Mähwiese/gesetzlich geschütztes Biotop:</u> - Name: Magerwiese westlich vom Schuttertal I / Nr.: 6500031746156198 , ca. 240 m ² innerhalb Geltungsbereich	<input checked="" type="checkbox"/> ja*12	<input type="checkbox"/> nein
	<u>Streuobstbestand:</u> - 5 Obstbäume, die einen Ausläufer darstellen	<input checked="" type="checkbox"/> ja*13	<input type="checkbox"/> nein
	<u>Artenschutz:</u> - Artenschutzrechtliche Abschätzung erstellt von Bioplan, Bühl, 12.07.2024 (s. Kap. 5)	<input checked="" type="checkbox"/> ja*14	<input type="checkbox"/> nein
<p>*10 Die geplante Bebauung und Neuversiegelung beansprucht Wiesenflächen mit einzelnen Obstbäumen, die eine mittlere bis hohe Wertigkeit besitzen. Ein entsprechender Ausgleich ist nach der ÖKVO zu erbringen. (s. Eingriffs/Ausgleichsbilanzierung Schutzgut Pflanzen/Tiere und biologische Vielfalt).</p> <p>*11 Da keine Natura 2000-Gebiete in räumlicher Nähe liegen, ist mit keiner Beeinträchtigung von Natura 2000-Gebieten zu rechnen.</p> <p>*12 Die betroffenen ca.240 m² FFH-Mähwiese/gesetzlich geschütztes Biotop werden durch die Ausweisung einer öffentlichen Grünfläche als Fläche zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft gesichert.</p>			

Schutzgut	Funktion und Werte	Beeinträchtigung	
<p>*13 Für die Bebauung müssen 2 Obstbäume des betroffenen Streuobstbestandsläufer gefällt werden. Die restliche 3 betroffenen Obstbäume können erhalten werden. Sie werden planungsrechtlich gesichert, wie auch die geplante umfangreiche Anpflanzung von Obstbäumen innerhalb öffentlicher Grünflächen.</p> <p>Die Gemeinde Schuttertal stellte einen Antrag auf Umwandlung eines Streuobstbestandes i.d.F. vom 04.10.2024 beim Amt für Umweltschutz, Landratsamt Ortenaukreis.</p> <p>Das Amt für Umweltschutz stellte mit Mail vom 10.10.2024 nach Durchsicht der Antragsunterlagen die naturschutzrechtliche Genehmigung zu dem Antrag auf Streuobstumwandlung in Aussicht.</p> <p>*14 Nach Aussage der artenschutzrechtlichen Abschätzung ist eine Betroffenheit, aber auch eine Verletzung der Verbotstatbestände nach § 44 BNatSchG für die Tiergruppen Vögel (verschiedene Arten), Säugetiere (Fledermäuse) und Amphibien (Gelbbauchunke) nicht vollständig auszuschließen. Es liegen keine Verbotstatbestände nach § 44 BNatSchG durch den Bebauungsplan vor, wenn die notwendigen Maßnahmen umgesetzt werden.</p>			
Landschafts-/Ortsbild			
	Eigenart / Historie des Orts- bzw. Landschaftsbildes	<input checked="" type="checkbox"/> ja*15	<input checked="" type="checkbox"/> nein
	Vielfalt und Naturnähe	<input checked="" type="checkbox"/> ja*15	<input checked="" type="checkbox"/> nein
<p>*15 Durch das geplante Wohngebiet verändert sich das Ortsbild, die Vielfalt und Naturnähe. Die geplante Bebauung wird auf Grund der topographischen Gegebenheiten weithin sichtbar sein. Es werden für den naturraum typische Grünlandflächen in relativ steiler Hanglage mit einzelnen Obstbäumen beansprucht.</p> <p>Positiv wirkt sich die im Westen des Bebauungsplans festgesetzte Obstwiese wie auch die im Norden und Süden ausgewiesenen Grünflächen mit Obstbäumen zur Einbindung der Bebauung aus.</p>			
Kultur- und sonstige Sachgüter			
	Denkmale und Gesamtanlagen gemäß DSchG	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein*14
*14 Vorkommen nicht bekannt.			
Wechselwirkungen der Schutzgüter			
<p>Die mit der Bebauung und Flächenversiegelung entstehende Beeinträchtigung des Schutzguts Boden wirkt sich unmittelbar auf die Schutzgüter Grundwasser (Grundwasserneubildungsrate) und Pflanzen/Tiere/biologische Vielfalt (Verlust von Lebensraum) sowie Klima und das Orts- und Landschaftsbild aus.</p>			

Sonstige Aspekte			
	Funktion und Werte	Beeinträchtigung	
Kumulierung mit anderen Vorhaben	Können die Auswirkungen des Bebauungsplans mit Auswirkungen von Vorhaben benachbarter Planungsgebiete unter Berücksichtigung etwaiger bestehender Umweltprobleme zur Kumulation führen?	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein*1
*1 Planungen und Vorhaben, die zu einer Kumulierung führen könnten, sind derzeit nicht bekannt.			
Nutzung erneuerbarer Energien	Zu diesen Belangen trifft der Bebauungsplan keine gesonderten Festsetzungen. Hinsichtlich der Nutzung von erneuerbaren Energien sowie der Energieeinsparung wird vielmehr auf die bestehenden und zudem stetig fortentwickelten gesetzlichen Regelungen in ihrer jeweils gültigen Fassung verwiesen.	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein
Eingesetzte Techniken und Stoffe	Für die Durchführung der geplanten Vorhaben werden voraussichtlich nur allgemein häufig verwendete Techniken und Stoffe angewandt bzw. eingesetzt.	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Die Umweltprüfung gemäß § 1a BauGB i.V.m. § 18 BNatSchG für die Schutzgüter kommt zu dem Ergebnis, dass mit Umweltauswirkungen zu rechnen ist, die durch entsprechende Maßnahmen ausgeglichen werden können.

7 Maßnahmen innerhalb des Planungsgebiets

7.1 Maßnahmen für den Artenschutz

Mit einer artenschutzrechtlichen Abschätzung wurde das Büro Bioplan, Bühl, von der Gemeinde Schuttertall beauftragt.

Die von den Gutachtern festgelegten Maßnahmen wurden in die Planungsrechtlichen Festsetzungen als Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft für das Planungsgebiet bzw. als Hinweise aufgenommen.

Dabei handelt es sich um Festsetzungen zu

- VM 2 - Baufeldräumung
- VM 3 - Vermeidung von temporären Brutmöglichkeiten
- VM 4 - Erhalt von Obstbäumen
- VM 5 - Vermeidung von Lichtemissionen
- VoM 1 - Erhalt und Ergänzung der Leitlinie
- Monitoring
- Ausgleich von Streuobstbeständen

7.2 Maßnahmen für den Klimaschutz

Durch die geplante Bebauung und Anlage von Verkehrsflächen wird sich das Kleinklima verändern, da sich versiegelte und bebaute Flächen gegenüber den bisherigen Landwirtschaftsflächen stärker aufheizen. Die Lufttemperatur erhöht sich, da die Verdunstungskühle von Vegetationsbeständen fehlt.

Die umfangreichen Obstbaumanpflanzungen nördlich, westlich und südlich der zukünftigen Bebauung im Bereich öffentlicher Grünflächen stellen nicht nur eine Eingrünung dar, sondern haben auch positive Auswirkungen auf das Kleinklima. Des Weiteren sind sie wertvolle Strukturen für den Artenschutz und somit für die Biodiversität.

Die die Bebauung umgebenden Wiesenflächen mit Obstbaumbestand verdunsten wie auch alle nicht versiegelten, gärtnerisch angelegten Flächen auf den privaten Grundstücken Wasser. Dadurch wird eine kühlende Wirkung erzeugt, die sich positiv auf die Gesundheit des Menschen auswirkt. Diese Wirkung nimmt auch der das Hangwasser fassende Fangegraben wahr. Darüber hinaus verbessern Obstbaumpflanzungen die Luft durch Reduzierung von Ozon, Stickoxide und Kohlenmonoxid.

Der Bebauungsplan "Talblick III" ermöglicht trotz der topographischen Gegebenheiten eine relativ verdichtete Bebauung. Die einzelnen Grundstücke besitzen eine durchschnittliche Größe von 519 m². Mit der geplanten Verdichtung, angepasst an die Hanglage, wird dem Grundsatz sparsamer Umgang mit Grund und Boden entsprochen.

Um die negativen Auswirkungen auf das Kleinklima zu minimieren wurde festgesetzt, dass befestigte Flächen auf den Grundstücken auf ein Minimum zu beschränken sind und dass Wege, Stellplätze, Zufahrten und Hofflächen mit

einer wasserdurchlässigen Oberflächenbefestigung (z.B. wasserdurchlässiges Betonpflaster, Rasengittersteine oder Pflaster mit Rasenfugen) und einem geeigneten Unterbau auszuführen sind. Ausgenommen hiervon ist nur der direkte Zugangsweg zum Hauseingang. Diese Flächen sind mit Gefälle zu den anschließenden unbefestigten Flächen herzustellen.

Durch Festsetzungen zum Erhalt und zur Anpflanzung von Obstbäumen, dem Erhalt von Wiesenflächen, der Anlage eines Fangegrabens sowie Vorgaben zur Reduzierung befestigter Flächen wird ein Beitrag zum Klimaschutz geleistet.

Positiv wirkt sich hinsichtlich des Klimaschutzes auch aus, dass Fassaden in hellen Tönen zu halten sind und Materialien zu wählen sind, die sich wenig aufheizen, sowie Nebengebäude, Garagen und Carports mit Flachdach mit einer Dachneigung von 0° bis 7° extensiv zu begrünen sind.

Die im Klimaschutzgesetz Baden-Württemberg formulierten Vorgaben zu PV-Anlagen auf Dachflächen stellen einen weiteren Baustein für eine nachhaltige und klimaschonende Bebauung dar.

Grundsätzlich muss die Bebauung wie auch die Vegetation im Siedlungsgebiet den Anforderungen des Klimawandels in Bezug auf erhöhte Lufttemperatur mit sommerlichen Hitzeperioden, vermehrten Starkregenereignissen, häufigeren Dürreperioden, intensiveren Sturmereignissen und höherer Luftfeuchtigkeit in milden aber niederschlagsreichen Wintern angepasst werden. Hierzu sind alle Bauherren verpflichtet.

7.3 Maßnahmen für die Eingriffsregelung

Vermeidbare Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft, die durch einen Eingriff verursacht werden können, sind zu unterlassen (§ 15 (1) BNatSchG). Die nachfolgend aufgeführten und im Bebauungsplan festgesetzten Maßnahmen haben zum Ziel die Eingriffe zu vermeiden und zu minimieren.

Die nachfolgend aufgeführten und im Bebauungsplan festgesetzten Maßnahmen haben zum Ziel die Eingriffe zu vermeiden und zu minimieren.

- öffentliche Grünfläche - Fangegraben mit entsprechender Anlage
- öffentliche Grünfläche - Artenschutz mit Anpflanzung und Erhalt von Obstbäumen
- öffentliche Grünfläche - Obstwiese mit Anpflanzung und Erhalt von Obstbäumen
- öffentliche Grünfläche südlich Wirtschaftsweg mit Anpflanzung von Obstbäumen
- Pflanzung von Gehölzen/private Grundstücksflächen
- Fassadengestaltung
- Dachbegrünung
- Gestaltung der befestigten Flächen
- Gestaltung der unbebauten Grundstücksflächen

8 Naturschutzrechtliche Eingriffs- / Ausgleichsbilanz lt. ÖKVO

Das geplante Vorhaben lässt sich nicht konfliktfrei zu den Ansprüchen und Zielsetzungen von Naturschutz und Landschaftspflege realisieren. Es stellt einen Eingriff nach § 14 BNatSchG i.V.m. § 14 NatSchG dar. Die naturschutzrechtliche Eingriffs-/Ausgleichsregelung nach § 1a BauGB i.V.m. § 18 BNatSchG hat das Anliegen, erhebliche und nachhaltige Beeinträchtigungen der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes und des Landschaftsbilds, die durch Eingriffe in Natur und Landschaft verursacht werden zu vermeiden, zu minimieren bzw. ggf. durch Ausgleichs-/ Ersatzmaßnahmen zu kompensieren.

In den nachfolgenden Kapiteln wird der derzeitige Umweltzustand des Bebauungsplans "Talblick III" für die Schutzgüter Boden und Pflanzen/Tiere/biologische Vielfalt dargestellt, und die Umweltauswirkungen, die durch die Aufstellung des Bebauungsplans vorbereitet werden, beurteilt. Die Bewertung der Schutzgüter Boden und Pflanzen/Tiere/biologische Vielfalt erfolgt nach den Vorgaben der Ökokontoverordnung, Stand 2010.

In die Bewertung des derzeitigen Umweltzustands fließen die Art der heutigen Nutzung, die Nutzungsintensität und ggf. daraus resultierende Vorbelastungen sowie die natürlichen Ausgangsfaktoren ein.

Die Bewertung der Umweltauswirkungen wurde aufbauend auf den Zeichnerischen Teil. des Bebauungsplans "Talblick III" incl. der Planungsrechtlichen Festsetzungen durchgeführt.

8.1 Schutzgut Boden

Bestandsbeschreibung und -bewertung

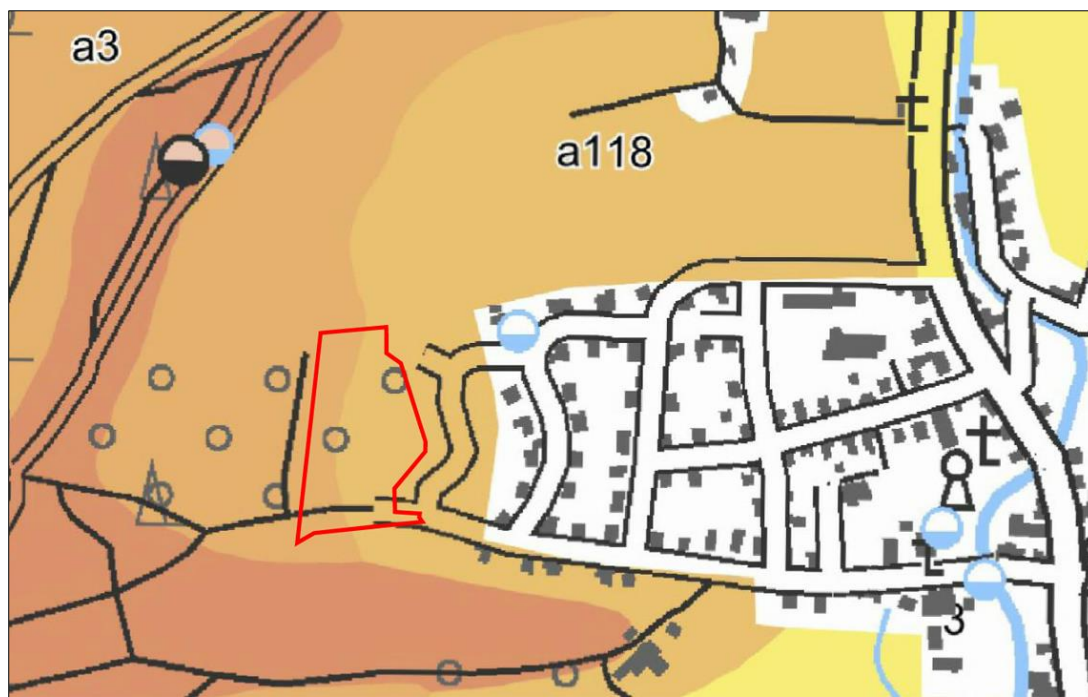
Im Bereich des Untersuchungsgebiets handelt es sich im Osten um die bodenkundliche Einheit **a118: Pseudovergleyte Parabraunerde und Pseudogley-Parabraunerde aus lösslehmreichen Fließerden** und im Westen um **a3: Braunerde aus Paragneisschutt führenden Fließerden und Hangschutt** gemäß der Abfrage (April 2024) im Kartenviewer der Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau (LGRB) des Regierungspräsidiums Freiburg.

Die Bewertung der Bodenfunktion nach der Arbeitshilfe "Bodenschutz 23" (LUBW) ergibt folgende Wertigkeit:

Bodentyp	a118: Pseudovergleyte Parabraunerde und Pseudogley-Parabraunerde aus lösslehmreichen Fließerden	a3: Braunerde aus Paragneisschutt führenden Fließerden und Hangschutt
Bodenfunktionen:		
- Standort für nat. Vegetation	keine hohe oder sehr hohe Bewertung	keine hohe oder sehr hohe Bewertung
- Natürliche Bodenfruchtbarkeit	mittel bis hoch (2,5)	mittel (2,0)
- Ausgleichskörper i. Wasserkreislauf	gering – mittel (1,5)	mittel (2,0)
- Filter und Puffer für Schadstoffe	mittel – hoch (2,5)	gering (1,0)
Gesamtbewertung über Landwirtschaftsflächen	mittel (2,17)	gering – mittel (1,67)

(Quelle: © Regierungspräsidium Freiburg, Abteilung 9 LGRB — Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau)

Karte: Bodenkundliche Einheiten



(Quelle: © Regierungspräsidium Freiburg, Abteilung 9 LGRB - Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau)

Das Planungsgebiet besitzt für das Schutzgut Boden größtenteils eine mittlere Wertigkeit. Geringe Vorbelastungen sind im Bereich des vorhandenen Wirtschaftswegs gegeben.

Das Schutzgut Boden erfüllt wichtige Funktionen im Ökosystem. Boden ist der Standort für Arten und Lebensräume und schützt das Grundwasser. Das Schutzgut ist wichtig für die Regulierung des Wasserhaushalts und dient als Filter und Puffer für Stoffeinträge.

Bewertung der Bodenfunktion - Bestand

nach Heft "Bodenschutz 23"

Bestand	Flächen- größe m²	Wertigkeit der Bodenfunktionen vor Eingriff				Gesamt- bewert.	ÖP lt. ÖKVO/m²	Summe ÖP	Bemerkungen
		NatBo	AkiWas	FiPu	NatVeg				
Wirtschaftsweg	185	1,0	1,0	1,0		1,00	4,00	740	wassergeb. Decke
Landwirtschafts- fläche (a118)	7.147	2,5	1,5	2,5		2,17	8,68	62.036	nicht versiegelt
Landwirtschafts- fläche (a3)	4.957	2,0	2,0	1,0		1,67	6,68	33.113	nicht versiegelt
Gesamtgröße	12.289					Gesamtsumme:		95.889	

Gesamtbewertung durch arithmetisches Mittel der Bodenfunktionen "NatBo.", "AkiWas" und "FiPu"

keine hohe oder sehr hohe Bewertung von "NatVeg"

Bewertung der Bodenfunktion "NatVeg." Maßgebend für Gesamtbewertung



Für das Planungsgebiet ergibt sich insgesamt für das Schutzgut Boden lt. Öko-kontoverordnung eine Wertigkeit von **95.889 Ökopunkten** für den Bestand.

Auswirkungen der Planung

Durch die Aufstellung des Bebauungsplans werden insgesamt ca. 1,23 ha überplant. Es wird die Möglichkeit geschaffen, wie die nachfolgende Rechnung belegt, ca. 7.270 m², ausgewiesen als allgemeines Wohngebiet, neu zu überbauen bzw. durch Nebenanlagen (GRZ 0,4 zzgl. 50 % für Nebenanlagen) zu versiegeln.

Flächenbilanz


WA	= ca. 7.270 m ² x 0,4	= ca. 2.908 m ² (überbaute Fläche)
	= ca. 1.191 m ² x 0,5	= ca. 1.454 m ² (Versiegelung Nebenanlagen)
	= Restfläche	= ca. 2.908 m ² (Gartenfläche)
Straße		= ca. 1.196 m ² (versiegelt)
Wirtschaftsweg		= ca. 93 m ² (wassergeb. Decke)
Löschwasserbehälter		= ca. 76 m ² (unterirdisch, begrünt)
öffentl. Grünfläche - Artenschutz		= ca. 243 m ² (nicht versiegelt)
öffentl. Grünfläche - Obstwiese		= ca. 1.730 m ² (nicht versiegelt)
öffentl. Grünfläche - Fangegraben		= ca. 990 m ² (nicht versiegelt)
öffentl. Grünfläche südl. Wirtschaftsweg		= ca. 691 m ² (nicht versiegelt)
max. versiegelbare Fläche		= ca. 5.651 m ²
versiegelte Fläche / Bestand *		= ca. 185 m ²
Neuversiegelung:		= ca. 5.466 m²


* Angaben lt. Biotoptypenkartierung


Auf Grund der topographischen Gegebenheiten ist mit umfangreichen Erdbewegungen zu rechnen ist. Aus diesem Grund ist davon auszugehen, dass auch bei den nicht bebauten und versiegelten Flächen im Planungsgebiet die Bodenfunktionen sich reduzieren. Dies wird in der nachfolgenden Bilanzierung berücksichtigt.

Bewertung der Bodenfunktion - Planung nach Heft "Bodenschutz 23"

Flächen im Zeichn. Teil des B-Plans	Flächen- größe m²	Wertigkeit der Bodenfunktionen nach Eingriff				Gesamt- bewert.	ÖP lt. ÖKVO/m²	Summe ÖP	Bemerkungen
		NatBo	AkiWas	FiPu	NatVeg				
Straße	1.196	0	0	0	0	0,00	0	0	versiegelt
Wirtschaftsweg	93	1,0	1,0	1,0		1,00	4,00	372	wassergeb. Decke
WA: GRZ 0,4	2.908	0	0	0	0	0,00	0	0	überbaute Fläche
0,5 von GRZ	1.454	0	0	0	0	0,00	0	0	Nebenanlagen / versiegelt
Restfläche	2.908	1,0	1,0	1,0		1,00	4,00	11.632	reduzierte Wertigkeit wegen Gelände- modellierung
Löschwasser- behälter	76	1,0	1,0	1,0		1,00	4,00	304	reduzierte Wertigkeit, überdeckt mit Erde und begrünt
öffentl. Grünfläche Artenschutz	243	2,25	1,75	1,75		1,92	7,68	1.866	Bestandwert gemittelt
öffentl. Grünfläche Obstwiese	1.730	2,0	2,0	1,0		1,67	6,68	11.556	Bestandwert
öffentl. Grünfläche Entwässerungs- mulde	990	2,25	1,75	1,75		1,92	7,68	7.603	Bestandwert gemittelt
öffentl. Grünfläche südl. Wirtschaftsweg	691	2,25	1,75	1,75		1,92	7,68	5.307	Bestandwert gemittelt
Gesamtgröße	12.289					Gesamtsumme:		38.640	

 Gesamtbewertung durch arithmetisches Mittel der Bodenfunktionen "NatBo.", "AkiWas" und "FiPu"

 keine hohe oder sehr hohe Bewertung von "NatVeg"

 Bewertung der Bodenfunktion "NatVeg." Maßgebend für Gesamtbewertung

Für die Teilbereiche ergibt sich insgesamt für das Schutzgut Boden lt. Öko-kontoverordnung eine Wertigkeit von **38.640 Ökopunkten** für die Planung.

Bestand	95.889 Ökopunkte
Planung	38.640 Ökopunkte
Ausgleichsdefizit	57.249 Ökopunkte

Ein vollständiger Ausgleich der Eingriffe in das **Schutzgut Boden** ist innerhalb der Teilbereiche nicht möglich. Es ergibt sich ein rechnerisches **Ausgleichsdefizit von 57.249 Ökopunkten** (in Anlehnung an ÖKVO).

8.2 Schutzgut Pflanzen/Tiere/biologische Vielfalt

Bestandsbeschreibung und -bewertung

Aufbauend auf die Biotoptypenkartierung des Planungsbüros Fischer vom 01.03.2023 wurde eine Bilanzierung nach der Ökokontoverordnung erstellt.

Plan: Schutzgut Pflanzen/Tiere/biologische Vielfalt - Bestand



(Quelle: Bestandsplan Büro Fischer, Juli 2024)

Tabelle: Schutzgut Pflanzen/Tiere/biologische Vielfalt - Bewertung des Bestands

Nr.	Biotoptyp (Nr.)	Feinmodul	Biotopwert	Fläche [ca. m²]	Ökopunkte
1	Weg mit wassergeb. Decke (60.23)	2 - 4	1	335	335
2	Fettwiese mittl. Sto. (33.41)	8 - 13 - 19	13	11.200	145.600
3	Fangegraben (33.41)	8 - 13	13	754	9.802
4	Obstbäume (45.10 - 45.30b)	3 - 6	6	(460)	2.760
	STU 2 x 90 cm, 2 x 140 cm				
	Summe			12.289	158.497

Für das Planungsgebiet ergibt sich insgesamt für das **Schutzgut Pflanzen/Tiere/biologische Vielfalt** lt. Ökokontoverordnung eine **Wertigkeit von 158.497 Ökopunkte** im Bestand.

Auswirkungen der Planung

Im Rahmen der Schriftlichen Festsetzungen zum Bebauungsplan "Talblick III" wurden Grünordnerische Festsetzungen getroffen. Bei diesen Grünordnerischen Festsetzungen handelt es sich um Maßnahmen, die eine Minimierung der Eingriffe zum Ziel haben.

Aufbauend auf den Zeichnerischen Teil des Bebauungsplanes wurde die zukünftigen Biototypen nach der Ökokontoverordnung bilanziert. Anschließend erfolgte eine Gegenüberstellung mit dem Bestandwert, um das rechnerisch zu bilanzierende Ausgleichsdefizit ermitteln zu können.

Tabelle: Schutzgut Pflanzen/Tiere/biologische Vielfalt - Bewertung der Planung

Nr.	Biototyp (Nr.)	Planungsmodul		Biotopwert	Fläche [ca. m²]	Ökopunkte
1	Bauwerke / Bef. Flächen (60.10/60.20)	1		1	4.362	4.362
2	Garten (60.60)	6		6	2.908	17.448
3	bef. Fläche / Straße (60.20)	1		1	1.196	1.196
4	Weg mit wassergeb. Decke (60.23)	2 - 4		2	93	186
5	Fettwiese mittl. Sto. (33.41)	8 - 13 - 19		13	2.740	35.620
6	Entwässerungsmulde (33.41)	8 - 13		13	990	12.870
7	Streuobstbestand (45.40b)	+ 2 - + 4		4	(1.730)	6.920
8	Obstbäume - Erhalt (45.10 - 45.30b) STU 1 x 90 cm, 2 x 140 cm	3 - 6		6	(370)	2.220
9	Obstbäume - Anpflanzung (45.10 - 45.30b) 4 Stck x (10 + 40 cm)	3 - 6		6	(200)	1.200
	Summe				12.289	82.022

Bestand	158.497	Ökopunkte
Planung	82.022	Ökopunkte
Ausgleichsdefizit	76.475	Ökopunkte

Ein vollständiger Ausgleich der Eingriffe in das **Schutzgut Pflanzen/Tiere/biologische Vielfalt** ist nicht möglich. Es ergibt sich ein rechnerisches **Ausgleichsdefizit von 76.475 Ökopunkten** (Ökokontoverordnung) für das Schutzgut Pflanzen/Tiere/biologische Vielfalt.

9 Ermittlung des Kompensationsbedarfs

9.1 Artenschutzrechtlicher Ausgleich

Mit einer artenschutzrechtlichen Abschätzung wurde Bioplan, Bühl, von der Gemeinde Schuttertal beauftragt.

Nachfolgende Maßnahmen sind außerhalb des Bebauungsplanes entsprechend der Vorgaben der Gutachter umzusetzen und wurden unter Hinweise und Empfehlungen in die Schriftlichen Festsetzungen des Bebauungsplans aufgenommen.

- VM 1 - Vermeidung eines Eingriffs in kartiertes Biotop und FFH-Mähwiese

9.2 Naturschutzrechtlicher Ausgleich

Wie in Kap. 7 dargestellt, werden Vermeidung- und Minimierungsmaßnahmen innerhalb des Bebauungsplans durchgeführt, die auch zur ökologischen Aufwertung beitragen.

Ein vollständiger Ausgleich der Eingriffe, der rechnerisch nach der Ökokontoverordnung für die Schutzgüter Boden und Pflanzen/Tiere/biologische Vielfalt in Kap. 8 ermittelt wurde, ist innerhalb des Gebiets nicht möglich.

Es ergibt sich

• ein Ausgleichsdefizit für das Schutzgut Boden	57.249 Ökopunkte
• ein Ausgleichsdefizit für das Schutzgut Pflanzen/Tiere/biologische Vielfalt	76.475 Ökopunkte
Gesamt	133.724 Ökopunkte

Der naturschutzrechtliche Ausgleich für das Schutzgut Boden und das Schutzgut Pflanzen/Tiere/biologische Vielfalt wird durch Teilabbuchung von nachfolgender Maßnahme erbracht.

- Umbau eines naturfernen Nadelbaumbestands (59.44 Fichtenbestand) zugunsten eines Hainsimsen-Buchenwaldes (Biototyp 55.12) im Distrikt Finsterwald, Abteilung Hohe Geisberg, Flstck. Nr. 335/1

9.2.1 Bilanzierung einer Maßnahme im Gemeindewald (lt. ÖKVO)

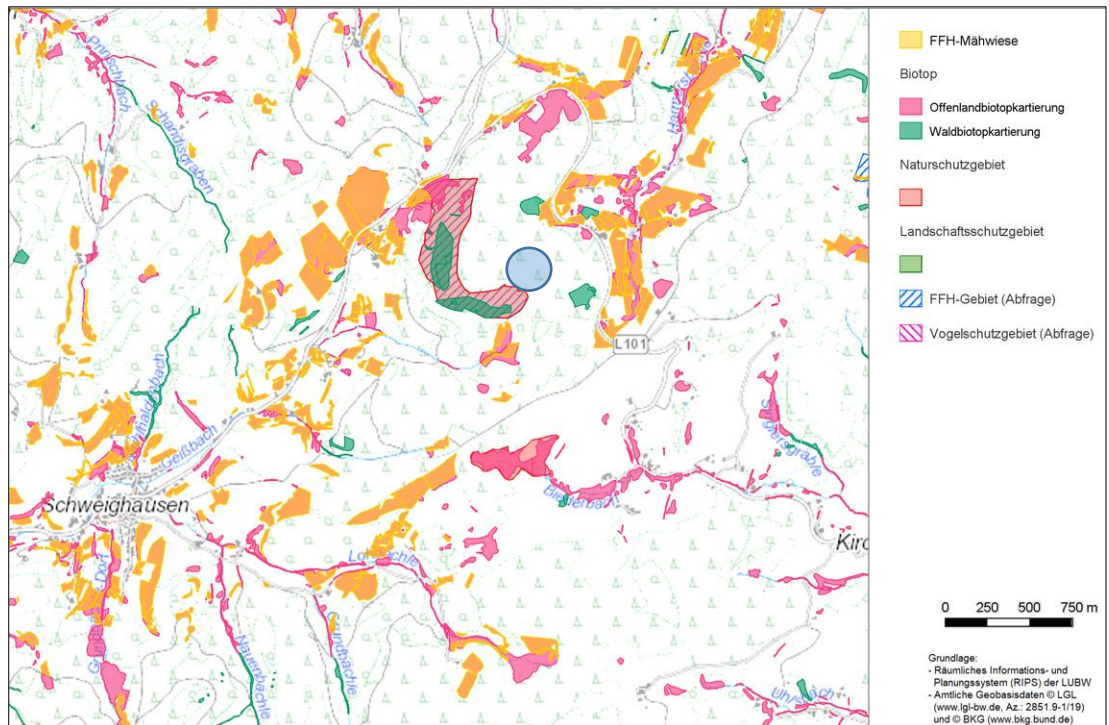
Für den naturschutzrechtlichen Ausgleich wird die nachfolgend aufgeführte Maßnahme im Gemeindewald

Umbau eines naturfernen Nadelbaumbestands (59.44 Fichtenbestand) zugunsten eines Hainsimsen-Buchenwaldes (Biototyp 55.12) im Distrikt Finsterwald, Abteilung Hohe Geisberg, Flstck. Nr. 335/1

zum Teil in Ansatz gebracht.

Ziel ist die Entwicklung des Gesamtbestands von ca.2,5 ha in einen naturnahen Mischwald.

Lageplan: Schutzgebiete - Distrikt Finsterwald, Abteilung Hohe Geisberg



(Quelle: LUBW-Abfrage Juli 2024), blauer Kreis: Lage der Umbaufläche

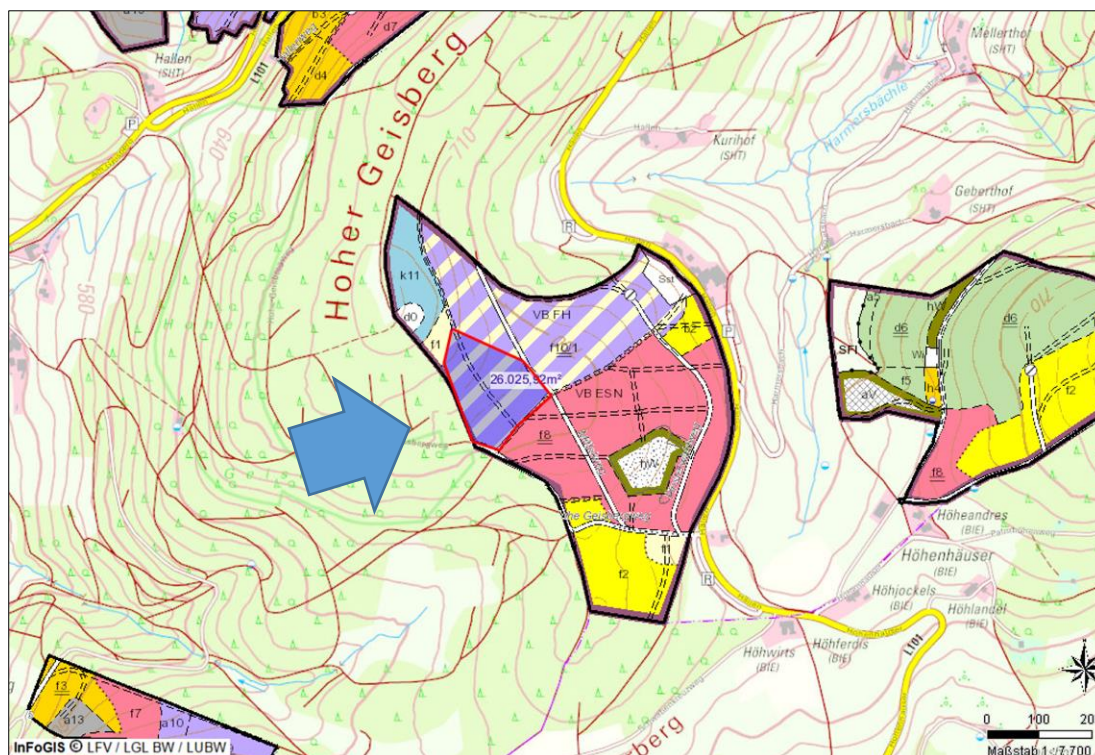
Durch die geplante Waldumbaufläche kommt es zu keiner Betroffenheit bei Schutzgebieten.

Luftbild: Schutzgebiete - Distrikt Finsterwald, Abteilung Hohe Geisberg



(Quelle: LUBW-Abfrage Juli 2024), blauer Kreis: Lage der Umbaufläche

Forsteinrichtungskarte: Distrikt Finsterwald, Abteilung Hohe Geisberg



(Quelle: Förster der Gemeinde Schuttertal, Büro Fischer erhalten mit mail vom 03.07.2024)

Die Bilanzierung wird nach der Ökokontoverordnung durchgeführt. Der Fichtenbestand wird in Buchenbestand umgewandelt. Zugrunde gelegt wird die vom Förster ermittelte Fläche sowie eine Minderung um 1 Ökopunkt aufgrund geringerer Strukturarmut und nicht vollständiger standortgemäßer Waldbodenflora.

Tabelle: Bilanzierung Waldumbau

Gemeinde Schuttertal Gemeindewald, Distrikt Finsterwald, Abteilung Hohe Geisberg, Flst. Nr. 335/1										
AST	Fläche	BA-Anteil		Einzel- fläche	dGz 100	Alter	Bestand Biotoptyp (59.44) Feinmodul /ÖP	Bestand/ÖP	Planung Biotoptyp (55.12) Planungsmodul/ÖP	Aufwertungs- potential/ÖP
	ha	BA	%	ca. ... m²	Vfm/J/ha	Jahre	9-14-22	Gesamt	17-21	
10	2,5	Fichte	95	23.750	12*	85-100 / 95	13	308.750	21	190.000
	25.000	Tanne	5	1.250	12*					

Der Nadelbaumbestand wird gemäß ÖKVO mit einer Wertigkeit von 13 ÖP/m² in Ansatz gebracht. Der Zielzustand Buchenmischwald wird mit 21 ÖP/m² bilanziert. Somit ergibt sich ein Aufwertungspotential von 8 ÖP/m².

Die geplante Umbaufläche auf Flst. Nr. 335/1 im Gemeindewald von Schuttertal besitzt eine Größe von 2,5 ha und verfügt über ein Aufwertungspotential von 190.000 ÖP.

Für die Eingriffe, die durch den Bebauungsplan "Talblick III" vorbereitet werden, werden von der Ausgleichsmaßnahme 133.724 ÖP, eine Fläche von ca. 16.716 m², als Ausgleich für die Schutzgüter Boden und Pflanzen/Tiere/biologische Vielfalt abgebucht.

Bereits von der Maßnahme wurde für den Bebauungsplan "Kappelberg IV" 52.137 ÖP, eine Flächen von ca. 6.517 m², abgebucht.

Es besteht noch ein Rest-Aufwertungspotential von 4.139 ÖP, das für eine andere Maßnahme der Gemeinde Schuttertal verwendet werden kann.

10 Planungsalternativen

10.1 Nullvariante

Wird der Bebauungsplan nicht aufgestellt, tritt kurzfristig voraussichtlich keine Änderung gegenüber dem jetzigen Zustand ein.

10.2 Alternativen

Mit der Realisierung des Baugebietes "Talblick III" soll kurzfristig vor allem dem anstehenden Bedarf ortsansässiger Bauwilliger Rechnung getragen werden, nachdem die Gemeinde Schuttertal zuletzt 2005 für den OT Dörleinbach den Bebauungsplan "Kappelberg III" und für den Ortsteil Schuttertal 2015 den Bebauungsplan "Talblick II" aufgestellt und danach erschlossen hat. Die Bauplätze dieser beiden Baugebiete wurden in den letzten Jahren bebaut oder sind in Privateigentum. Somit stehen von Gemeindeseite aus keine Bauplätze mehr zur Verfügung. Da sich in den letzten Jahren ein Bedarf an Bauplätzen entwickelt hat, wird derzeit der Bebauungsplan "Talblick III" und der Bebauungsplan "Kappelberg IV" von der Gemeinde Schuttertal aufgestellt.

Die Gemeinde Schuttertal verfügt aus der Fortschreibung Zieljahr 2025 nur noch über die ca. 0,40 ha große Wohnbaufläche "Loh – östlich Kniesteinweg" im OT Schweighausen. Eine Realisierung eines Wohngebiet "Loh – östlich Kniesteinweg" ist derzeit nicht möglich, da die Flächen im Privatbesitz sind und somit nicht verfügbar.

Die Gemeinde Schuttertal ist sich der Inanspruchnahme von landwirtschaftlichen Flächen bei der Ausweisung des Baugebiets "Talblick III" und "Kappelberg IV" durchaus bewusst. Die steigende Nachfrage an Bauplätzen, haben die Gemeinde zu diesen Planungsschritten bewogen.

Durch die geplante Bebauung wird das Baugebiet "Talblick II" nach Westen erweitert. Bei der Erschließungsplanung konnte auf den bestehenden Wirtschaftsweg, der eine Fortführung der Pfarrgutstraße darstellt, zurückgegriffen werden. Der sparsame Umgang mit Grund und Boden wurde trotz der sensiblen Hanglage bei der Anordnung der Einzelhäuser beachtet.

Zur Abrundung des Baugebiets und um einen ungünstigen Zuschnitt landwirtschaftlicher Flächen zu vermeiden, wurde eine öffentliche Grünfläche "Streuobstwiese", die auch aus artenschutzrechtlicher Sicht positiv zu bewerten ist und eine Kompensation darstellt, ausgewiesen.

Aus den dargelegten Gründen bestehen aktuell keine Alternativen zur Ausweisung der 14 Bauplätze im Bereich des Bebauungsplans "Talblick III".

11 Zusätzliche Angaben

11.1 Monitoring

Die Gemeinde ist verpflichtet die erheblichen Umweltauswirkungen, die auf Grund der Durchführung von Bauleitplänen eintreten, zu überwachen (§ 4c BauGB). Vom Gesetzgeber wurde den Gemeinden ein erheblicher Gestaltungsspielraum bzgl. Zeitpunkt, Inhalt und Verfahren eingeräumt.

Im 1. Jahr der Herstellung, zusätzlich im 2. und 5. Jahr nach der Herstellung ist zu überprüfen, ob die Festsetzungen des Bebauungsplans eingehalten werden.

Insbesondere sind zu überprüfen:

- Versiegelungsgrade, Umgang mit Boden und Oberboden
- Anlage eines Fanggrabens für anfallendes Hangwasser
- Erhalt und Pflanzung von Obstbäumen in öffentlichen Grünflächen
- Vermeidungs- und Vorsorgemaßnahmen für den Artenschutz (Baufeldräumung, Vermeidung von temporären Brutmöglichkeiten, Erhalt von Obstbäumen, Vermeidung von Lichtemissionen, Erhalt und Ergänzung der Leitlinie, Monitoring, Ausgleich von Streuobstbeständen sowie außerhalb Erhalt der Obstbäume und Vermeidung eines Eingriffs in kartierte FFH-Mähwiese/Biotop)
- Umsetzung der Ausgleichsmaßnahme für Eingriffe in das Schutzgut Boden und Pflanzen/Tiere/biologische Vielfalt Umbau eines Nadelbaumbestands in Buchenmischwald im Distrikt Finsterwald, Abteilung Hohe Geisberg)

Bei der Überprüfung der festgesetzten Maßnahmen ist bei Beginn besonders auf deren fachlich richtige Realisierung zu achten. In den darauf folgenden Kontrollen steht die Erfolgskontrolle im Vordergrund.

Sofern von dritter Seite ein Hinweis auf einen weiteren Konflikt mit den Schutzgütern kommen sollte, werden auch hier Überwachungsmaßnahmen eingeleitet.

11.2 Zusammenfassung

Anlass / Verfahren

Anlass für die zu erstellende Umweltprüfung ist der Bebauungsplan "Talblick III" der Gemeinde Schuttertal gemäß § 2 Abs. 4 BauGB.

Der Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan "Talblick III" wurde am 13.12.2022 als Bebauungsplan nach § 13b, der eine Einbeziehung von Außenbereichsflächen ermöglicht, gefasst. Mit der Ausweisung einer Wohnbaufläche verfolgt die Gemeinde Schuttertal das Ziel, der Bereitstellung von Wohnbauland (s. Begründung B-Plan)

Das Planungsgebiet umfasst ca. 1,23 ha und befindet sich am westlichen Ortsrand des Ortsteils Schuttertal der Gemeinde Schuttertal oberhalb der Schule mit Turn- und Festhalle. Im Osten schließt die Bebauung "Talblick II" an das

Planungsgebiet an. Landwirtschaftlich genutzte Flächen grenzen im Norde, Westen und Süden an. Im Süden tangiert ein Wirtschaftsweg, der eine Fortführung der Pfarrgutstraße darstellt.

Der Geltungsbereich des Bebauungsplans "Talblick III" überlagert im Osten einen kleinen Teilbereich (Fangegraben für Hangwasser, Flst. Nr. 595) des Bebauungsplans "Talblick II". Die Flächen des Planungsgebiets, die neu ausgewiesen werden, werden landwirtschaftlich als Grünlandflächen mit einzelnen Obstbäumen in Hanglage genutzt.

Auf Grund der Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts Az.: 4 CN 3.22 vom 18.07.2023, in dem die Unvereinbarkeit des § 13b BauGB mit dem Recht der Europäischen Union festgestellt wurde, muss für einen geordneten Abschluss des Bebauungsplanverfahrens nach § 13b BauGB der § 215a BauGB (Heilverfahren) angewandt werden.

Dies bedeutet, dass in einem 1. Verfahrensschritt eine der SUP-Richtlinie genügende Einzelfallprüfung (Vorprüfung) anhand der Kriterien der Anlage 2 des BauGB unter Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange durchzuführen ist. Diese wurde in den vorliegenden Umweltbericht integriert.

Vorprüfung des Einzelfalls

Die überschlägige Prüfung (Vorprüfung des Einzelfalls) kommt zu der Einschätzung, dass der Bebauungsplan "Talblick III" der Gemeinde Schuttertal aufgrund der sensiblen Lage am Ortsrand, der Beanspruchung von Landwirtschaftsflächen, die als Grünland mit einzelnen Obstbäumen bewirtschaftet werden und zu einem geringen Teil als FFH-Mähwiese kartiert sind, Umweltauswirkungen auf Boden, Pflanzen/Tiere/biologische Vielfalt und das Klima sowie auf das Orts- und Landschaftsbild hervorruft, die nach § 2 Abs. 4 Satz 4 BauGB in der weiteren Abwägung zu berücksichtigen sind. Insbesondere ist zu beachten, dass für den Artenschutz die Obstbäume von Bedeutung sind, die einen Ausläufer des westlich liegenden Streuobstbestandes darstellen.

Dies bedeutet, dass aufbauend auf eine Vorprüfung in einem 2. Verfahrensschritt eine Umweltprüfung, d.h. also ein Umweltbericht, mit Eingriffs-/Ausgleichsbilanzierung nach der Ökokontoverordnung (ÖKVO) mit Beteiligung von Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange im Rahmen der Veröffentlichung des Bebauungsplans nach § 3 Abs. 2 BauGB durchzuführen ist

Umweltprüfung

Auswirkungen auf Schutzgebiete

Natura 2000-Gebiete

Natura 2000-Gebiete befinden sich nicht in der Nähe des Planungsgebietes.

Eine Beeinträchtigung des europäischen Schutzgebietsnetzes "Natura 2000" ist durch das Vorhaben somit nicht zu erwarten. Weitergehende Prüfungen im Sinne des § 34 BNatSchG sind nicht erforderlich.

FFH-Mähwiese/gesetzlich geschütztes Biotop

Nach LUBW-Abfrage befindet sich ein sehr kleiner Flächenanteil (236 m²) der FFH-Mähwiese **Magerwiese westlich vom Schuttertal I**, (Nr.: 6500031746156198) im Westen des Planungsgebiets.

Durch die Ausweisung einer Obstwiese als Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft im Westen des Baugebiets erfolgt kein Eingriff in die kleine Teilfläche der FFH-Mähwiese/gesetzlich geschütztes Biotop.

Des Weiteren sind die Vorgaben aus der artenschutzrechtlichen Abschätzung von Bioplan zu der FFH-Mähwiese/gesetzlich geschütztes Biotop, die außerhalb des Geltungsbereichs des Bebauungsplans liegt, zu beachten. Diese beinhalten, dass in die Mähwiese nicht eingegriffen werden darf und die Flächen im Rahmen der Baumaßnahmen nicht u.a. zur Lagerung von Materialien in Anspruch genommen werden dürfen.

Ein entsprechender Hinweis wurde in die Schriftlichen Festsetzungen zum Bebauungsplan aufgenommen.

Streuobstbestand

Nach § 33a Abs. 1 NatSchG (Stand: 31.07.2020) sind Streuobstbestände im Sinne des § 4 Abs. 7 LLG, die eine Mindestfläche von 1.500 m² umfassen, zu erhalten. Die Obstbäume im Planungsgebiet stellen einen Ausläufer eines lose zusammenhängenden Streuobstbestandes, der die Mindestfläche überschreitet, dar.

Durch die Ausweisung von öffentlichen Grünflächen als Fläche zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft im Norden des Planungsgebiets kann der Erhalt von 3 der 5 betroffenen Obstbäume sichergestellt werden. Auf öffentlichen Grünflächen wurde die Anpflanzung von 22 Obstbäumen festgesetzt.

Das öffentliche Interesse, Wohnbauflächen von Seiten der Gemeinde anzubieten, überwiegt in diesem Fall gegenüber dem Verlust von 2 Obstbäumen, die Bestandteil eines Ausläufers nach §33a NatSchG geschützten Streuobstbestandes sind und umfangreich kompensiert werden.

Die Gemeinde Schuttertal stellte einen Antrag auf Umwandlung eines Streuobstbestandes i. d. F. vom 04.10.2024 beim Amt für Umweltschutz, Landratsamt Ortenaukreis.

Das Amt für Umweltschutz stellte mit Mail vom 10.10.2024 nach Durchsicht der Antragsunterlagen die naturschutzrechtliche Genehmigung zu dem Antrag auf Streuobstumwandlung in Aussicht.

Auswirkungen auf den Artenschutz

Mit der Ausarbeitung einer artenschutzrechtlichen Abschätzung wurde Bioplan Bühl, von der Gemeinde Schuttertal beauftragt. Das Gutachten vom 12.07.2024 ist als Anlage dem Bebauungsplan beigelegt.

Die artenschutzrechtliche Abschätzung kam zu dem Ergebnis, dass unter Berücksichtigung und bei vollständiger Umsetzung der genannten Maßnahmen eine Verletzung von Verbotstatbeständen nach § 44

BNatSchG bei den artenschutzrechtlich relevanten Arten ausgeschlossen werden kann. Eine spezielle artenschutz-rechtliche Prüfung (saP) mit weiteren vertiefenden Untersuchungen ist daher nicht erforderlich.

Die im Gutachten aufgeführten Maßnahmen wurden in die Schriftlichen Festsetzungen des Bebauungsplans als Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft aufgenommen.

Dabei handelt es sich um Festsetzungen zu

- VM 2 - Baufelddräumung**
- VM 3 - Vermeidung von temporären Brutmöglichkeiten**
- VM 4 - Erhalt von Obstbäumen**
- VM 5 - Vermeidung von Lichtemissionen**
- VoM 1 - Erhalt und Ergänzung der Leitlinie**
- Monitoring**
- Ausgleich von Streuobstbeständen**

Auswirkungen auf die Schutzgüter

In der nachfolgenden Tabelle werden gemäß §1a BauGB i.V.m. § 18 BNatSchG (Eingriffsregelung) für die einzelnen zu beurteilenden Schutzgüter die Umweltauswirkungen der Planung unter Berücksichtigung von Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen innerhalb des Planungsgebietes dargestellt und der erforderliche Ausgleich aufgeführt.

In einem Fazit wird dargelegt, ob erhebliche Beeinträchtigungen für das jeweilige Schutzgut verbleiben.

Tabelle: Umweltprüfung Schutzgüter

	Potentielle Eingriffe	Vermeidung / Minimierung	Ausgleich (außerhalb kursiv)	Fazit
Mensch	<ul style="list-style-type: none"> • Verlust von freier Landschaft (Wiese, Obstbäume) • ggf. visuelle Störung des Landschaftsbildes sowie des Ortsrandes bei der Baumaßnahme • Beeinträchtigung durch Maschinenlärm der Baumaßnahme • Beeinträchtigung durch Schadstoff- u. Lärmbelastungen der Baumaßnahme 	<ul style="list-style-type: none"> • Festsetzungen zu <ul style="list-style-type: none"> - öffentliche Grünfläche / Fangegraben - öffentliche Grünfläche / Artenschutz - öffentliche Grünfläche / Obstwiese - öffentliche Grünfläche südlich Wirtschaftsweg 		Es verbleiben keine erheblichen oder nachteiligen Beeinträchtigungen für das Schutzgut Mensch.
Fläche	<ul style="list-style-type: none"> • Verlust von Landwirtschaftsfläche 			Aufgrund der Größe des Baugebietes ist der Verlust von Landwirtschaftsfläche vertretbar und es verbleiben keine erheblichen oder nachteiligen Beeinträchtigungen für Schutzgut Fläche.

	Potentielle Eingriffe	Vermeidung / Minimierung	Ausgleich (außerhalb kursiv)	Fazit
Boden	<ul style="list-style-type: none"> • Zunahme versiegelter Fläche (Neuversiegelung max. ca. 5.466 m²) • Veränderung der Bodenstrukturen durch Abgrabungen und Aufschüttungen • Beeinträchtigungen bzw. Verlust von Bodenfunktionen durch Erdbewegungen 	<ul style="list-style-type: none"> • Festsetzungen zu <ul style="list-style-type: none"> - öffentliche Grünfläche / Fangegraben - öffentliche Grünfläche / Artenschutz - öffentliche Grünfläche / Obstwiese - öffentliche Grünfläche südlich Wirtschaftsweg - Gestaltung der befestigten Flächen - Gestaltung der unbebauten Grundstücksflächen 	<ul style="list-style-type: none"> • Ausgleichsdefizit von 57.249 ÖP nach ÖKVO wird erbracht durch Maßnahme im Gemeindegewald 	<p>Bei einem entsprechenden Ausgleich verbleiben keine erheblichen oder nachhaltigen Beeinträchtigungen für das Schutzgut Boden.</p> <p><u>Anmerkung:</u> Da keine schutzgutspezifischen Ausgleichsmaßnahmen ausreichend zur Verfügung stehen, erfolgt die Kompensation schutzgutübergreifend.</p>
Oberflächengewässer	<ul style="list-style-type: none"> • Abflussrate durch verminderte Oberflächenversickerung erhöht • ggf. Austritt von Hangwasser 	<ul style="list-style-type: none"> • Festsetzungen zu <ul style="list-style-type: none"> - öffentliche Grünfläche / Fangegraben - Gestaltung unbebauter Grundstücksflächen und Vorgärten - Gestaltung befestigter Flächen 		<p>Es verbleiben keine erheblichen oder nachteiligen Beeinträchtigungen für das Schutzgut Oberflächengewässer.</p>
Grundwasser	<ul style="list-style-type: none"> • Reduzierung der Grundwasserneubildungsrate (Neuversiegelung ca. 5.466 m²) 	<ul style="list-style-type: none"> • Festsetzungen zu <ul style="list-style-type: none"> - Gestaltung befestigter Flächen - 		<p>Es verbleiben keine erheblichen oder nachhaltigen Beeinträchtigungen für das Schutzgut Grundwasser.</p>
Klima	<ul style="list-style-type: none"> • Beeinträchtigung des Mikroklimas durch Versiegelung und Bebauung • Verlust von klimatisch ausgleichender Fläche (Wiese, Obstbäume) • 	<ul style="list-style-type: none"> • Festsetzungen zu <ul style="list-style-type: none"> - öffentliche Grünfläche / Fangegraben - öffentliche Grünfläche / Artenschutz - öffentliche Grünfläche / Obstwiese - öffentliche Grünfläche südlich Wirtschaftsweg - Gestaltung der befestigten Flächen - Gestaltung der unbebauten Grundstücksflächen 		<p>Es verbleiben keine erheblichen oder nachhaltigen Beeinträchtigungen für das Schutzgut Klima.</p>

	Potentielle Eingriffe	Vermeidung / Minimierung	Ausgleich (außerhalb kursiv)	Fazit
Pflanzen/Tiere/biologische Vielfalt	<ul style="list-style-type: none"> Verlust von Biotoptypen mittlerer bis hoher Wertigkeit (Wiese, Obstbäume) 	<ul style="list-style-type: none"> Festsetzungen zu <ul style="list-style-type: none"> öffentliche Grünfläche / Fangegraben öffentliche Grünfläche / Artenschutz öffentliche Grünfläche / Obstwiese öffentliche Grünfläche südlich Wirtschaftsweg Gestaltung der befestigten Flächen Gestaltung der unbebauten Grundstücksflächen 	<p>Ausgleichsdefizit von 76.475 ÖP nach ÖKVO</p> <p>wird erbracht durch Maßnahme im Gemeindegewald</p>	Bei einem entsprechenden Ausgleich verbleiben keine erheblichen oder nachhaltigen für das Schutzgut Pflanzen/Tiere/biologische Vielfalt.
	<ul style="list-style-type: none"> Betroffenheit von Vögeln (verschiedene Arten), Säugetiere (Fledermäuse) und Amphibien (Gelbbauchunke) 	<ul style="list-style-type: none"> Festsetzungen für die Fauna <ul style="list-style-type: none"> Baufeldräumung Vermeidung von temporären Brutmöglichkeiten Erhalt von Obstbäumen Vermeidung von Lichtemissionen Erhalt und Entwicklung der Leitlinie Monitoring Ausgleich für Streuobstbestände 	<ul style="list-style-type: none"> Zuordnungsfestsetzungen für die Fauna <ul style="list-style-type: none"> Vermeidung eines Eingriffs in kartiertes Biotop und FFH-Mähwiese 	Unter Berücksichtigung und bei vollständiger Umsetzung der genannten Maßnahmen ergibt sich aus fachgutachterlicher Sicht keine Verletzung von Verbotsstatbeständen nach § 44 BNatSchG bei den artenschutzrechtlich relevanten Tier- und Pflanzenarten.
Landschafts- und Ortsbild	<ul style="list-style-type: none"> Verlust von Wiesenfläche mit Obstbäumen in Hanglage am Ortsrand 	<ul style="list-style-type: none"> Festsetzungen zu <ul style="list-style-type: none"> öffentliche Grünfläche / Artenschutz öffentliche Grünfläche / Obstwiese öffentliche Grünfläche südlich Wirtschaftsweg 		Es verbleiben keine erheblichen oder nachhaltigen Beeinträchtigungen für das Schutzgut Landschafts- und Ortsbild. Durch die intensive Grüneinbindung durch Obstbäume.
Kultur- und Schutzgüter				Da keine Kultur- und sonstigen Sachgüter bekannt sind, ergeben sich durch die geplante Bebauung keine Auswirkungen.

Die Umweltprüfung gemäß § 1a BauGB i.V.m. § 18 BNatSchG für die Schutzgüter kommt zu dem Ergebnis, dass bei Durchführung der festgelegten Maßnahmen keine erheblichen oder nachhaltigen Beeinträchtigungen für die Schutzgüter verbleiben.

Naturschutzrechtliche Eingriffs-/Ausgleichsregelung

Das geplante Vorhaben lässt sich nicht konfliktfrei zu den Ansprüchen und Zielsetzungen von Naturschutz und Landschaftspflege realisieren. Es stellt einen Eingriff nach § 14 BNatSchG i.V.m. § 14 NatSchG dar.

Der Bilanzierung nach der Ökokontoverordnung wurde der Zeichnerische Teil des Bebauungsplans "Talblick III" incl. der Planungsrechtlichen Festsetzungen zugrunde gelegt.

Es ergab sich ein nach der Ökokontoverordnung ermitteltes

• Ausgleichsdefizit für das Schutzgut Boden	57.249 Ökopunkte
• Ausgleichsdefizit für das Schutzgut Pflanzen/Tiere/biologische Vielfalt	76.475 Ökopunkte
Gesamt	133.724 Ökopunkte

Der naturschutzrechtliche Ausgleich für das Schutzgut Boden und das Schutzgut Pflanzen/Tiere/biologische Vielfalt wird durch Teilabbuchung von nachfolgender Maßnahme erbracht.

- Umbau eines naturfernen Nadelbaumbestands (59.44 Fichtenbestand) zugunsten eines Hainsimsen-Buchenwaldes (Biotoptyp 55.12) im Distrikt Finsterwald, Abteilung Hohe Geisberg, Flst. Nr. 335/1

Die geplante Umbaufläche auf Flst. Nr. 335/1 im Gemeindewald von Schuttertal besitzt eine Größe von 2,5 ha und verfügt über ein Aufwertungspotential von 190.000 ÖP.

Für die Eingriffe, die durch den Bebauungsplan "Talblick III" vorbereitet werden, werden von der Ausgleichsmaßnahme 133.724 ÖP, eine Fläche von ca. 16.716 m², als Ausgleich für die Schutzgüter Boden und Pflanzen/Tiere/biologische Vielfalt abgebucht.

Es besteht noch ein Rest-Aufwertungspotential von 4.139 ÖP.

Durch die Zuordnung einer Teilfläche der Maßnahme im Gemeindewald erfolgt eine ausreichende Kompensation für die Schutzgüter Boden und Pflanzen/Tiere/biologische Vielfalt.

11.3 Quellenverzeichnis

- Gutachten zum Artenschutz (s. Auflistung am Anfang)
- Gutachten zur Entwässerung (s. Auflistung am Anfang)
- Daten- und Kartendienst der LUBW (Landesamt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg): <http://www4.lubw.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/41531/>
- Geologisches Landesamt Baden-Württemberg (1994): Bodenübersichtskarte von Baden-Württemberg 1:200.000. Blatt CC 7910 Freiburg Nord und Blatt CC 8710 Freiburg Süd
- Geoportal Baden-Württemberg: <https://www.geoportal-bw.de/kartenviewer>
- Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau, Regierungspräsidium Freiburg: Bodenkarte von Baden-Württemberg, M 1:50.000 des GeoLa (Integrierte Geowissenschaftliche Landesaufnahme), Kartenviewer <http://maps.lgrb-bw.de/>
- Landesvermessungsamt Baden-Württemberg, Stuttgart: Amtliche topographische Karten 1:25.000. Ausgabe 2002
- LFU (2002) Landesanstalt für Umweltschutz Baden-Württemberg: Gebietsheimische Gehölze in Baden-Württemberg
- LFU (2005) Landesanstalt für Umweltschutz Baden-Württemberg: Bewertung der Biotoptypen Baden-Württembergs zur Bestimmung des Kompensationsbedarfs in der Eingriffsregelung. Abgestimmte Fassung August 2005. Bearbeitung: Vogel / Breunig
- LFU (2005) Landesanstalt für Umweltschutz Baden-Württemberg: Empfehlung für die Bewertung von Eingriffen in Natur und Landschaft in der Bauleitplanung sowie Ermittlung von Art und Umfang von Kompensationsmaßnahmen sowie deren Umsetzung. Teil A und Teil B. Abgestimmte Fassung Oktober 2005. Bearbeitung: Prof. Dr. C. Küpfer
- LFU (2009) Landesanstalt für Umweltschutz Baden-Württemberg: Arten, Biotope, Landschaft – Schlüssel zum Erfassen, Beschreiben, Bewerten. 4. Auflage
- LFU (2000) Landesanstalt für Umweltschutz Baden-Württemberg: Die naturschutzrechtliche Eingriffsregelung in der Bauleitplanung. Naturschutz - Praxis, Eingriffsregelung 3. 1. Auflage
- LUBW (2010) Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg: Bodenschutz 23 - Bewertung von Böden nach ihrer Leistungsfähigkeit
- LUBW (2012) Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg: Bodenschutz 24 - Das Schutzgut Boden in der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung
- ÖKVO (2010): Verordnung des Ministeriums für Umwelt, Naturschutz und Verkehr über die Anerkennung und Anrechnung vorzeitig durchgeführter Maßnahmen zur Kompensation von Eingriffsfolgen. Fassung vom 19.12.2010
- RVSO (2019) Regionalverband Südlicher Oberrhein: Raumnutzungskarte, Umweltbericht, etc.

Freiburg, den 12.07.2024 FEU
25.07.2024
22.10.2024


Schuttertall, den

PLANUNGSBÜRO FISCHER 

Günterstalstraße 32 ■ 79100 Freiburg i.Br
Tel. 0761/70342-0 ■ info@planungsbuerofischer.de
Fax 0761/70342-24 ■ www.planungsbuerofischer.de

.....
Planer

.....
Matthias Litterst, Bürgermeister

 148Vorp_Umw05_Talblick III.docx